

Antragsbuch der Piratenpartei Rheinland-Pfalz zum Landesparteitag 2.2012 in Montabaur (inoffizielle Version)

>> SATZUNGSÄNDERUNGSANTRÄGE <<

Änderungsantrag Nr. So9

Beantragt von

[Bodo Thiesen](#)

Betrifft

Satzung des Landesverband RLP / §2.3 (Rechte und Pflichten der Mitglieder)

Beantragte Änderungen

Dem §2.3 der Satzung wird ein Absatz mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

»Der Landesverband Rheinland-Pfalz und seine Mitglieder bekennen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Art. 21 II GG, eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition. Das Anerkenntnis dieser Erklärung ist zwingende Voraussetzung für eine Mitgliedschaft.«

Begründung

Es ist evident, dass sich die Piratenpartei zur FDGO bekennt und dies auch von ihren Mitgliedern erwartet. Da es hierüber konstant Diskussionen gibt, soll dies hiermit ein für alle Mal klar gestellt werden.

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt: [So9 Bekenntnis zur FDGO](#)

Änderungsantrag Nr. oo9

Beantragt von

Jeder Mann

Betrifft

Satzung des Landesverband RLP / § 4.1

Beantragte Änderungen

Die Versammlung möge beschließen, die Satzung des LV RLP wie folgt zu ergänzen:

Hinter dem Abschnitt:

"§4.1 [Der Landesparteitag (LPT)]

(1) Der Landesparteitag findet in Form der LMV nach den jeweiligen Regeln statt. Die Tagungen sind öffentlich, falls keine besonderen Einschränkungen vorliegen.

(1a) Der Landesparteitag wählt ein Parteitagspräsidium aus mindestens 3 Piraten zu seiner Leitung und zur Protokollführung. Näheres sowie die genaue Aufgabenverteilung im Präsidium regelt die Geschäftsordnung.

(2) Die Aufgaben des LPT sind:

a) die Wahl des LVORs oder die Nachwahl einzelner Mitglieder des LVORs

b) die Wahl von Rechnungsprüfern

wird neu eingefügt:

c) die Wahl der Vertreter des Landes im Bundesfinanzrat. Die Amtszeit der Vertreter endet spätestens beim ersten Landesparteitag, mit dem ihre Amtsdauer seit der letzten Wahl ein Jahr übersteigen würde.

Die übrigen Punkte werden entsprechend nach hinten verschoben.

Begründung

In der aktuellen Bundessatzung heißt es:

§ 20 Mitglieder des Finanzrates

(1) Der Finanzrat setzt sich aus dem amtierenden Bundesschatzmeister sowie zwei gewählten Piraten aus jedem Landesverband zusammen.(= 3 Mitglieder)

(2) Hat ein Landesverband keine Piraten für den Finanzrat gewählt, kann der Landesvorstand zwei Piraten in einer Vorstandssitzung beauftragen. Der Antrag für die Beauftragung muss in der Tagesordnung enthalten sein.

(3) Jeder Landesverband ist verpflichtet, die für den Finanzrat gewählten Piraten dem Sprecher und seinen beiden Vertretern anzuzeigen. Die Mitglieder des Finanzrates sind an geeigneter Stelle zu veröffentlichen

Da RLP keine noch keine entsprechende Wahlregelung in der Satzung hat, rege ich an, diese umgehend einzuführen.

Änderungsantrag Nr.

011

Beantragt von

>Jeder Mann

Betrifft

Satzung des Landesverband RLP / § 4

Beantragte Änderungen

Die Versammlung möge beschließen, daß in der Landessatzung RLP unter

§4 [Organe und Gremien des Landesverbandes] Der LV besitzt folgende Organe und Gremien:

Landesparteitag (LPT) Landesmitgliederversammlung (LMV)

Landesvorstand (LVOR) Landesschiedsgericht (LSG) Beschwerdeausschuss Landesfinanzausschuss Jugendverband Arbeitsgruppen

der 'Beschwerdeausschuss' aus der obigen Aufzählung gestrichen wird.

Begründung

Dem Beschwerdeausschuss werden in der Satzung keine Aufgaben zugeteilt, und es ergibt sich auch nicht indirekt, welche Aufgaben eventuell gemeint sein können. Die Behandlung von Beschwerden ist laut Satzung dem Landesschiedsgericht zugeordnet. Damit kann der Beschwerdeausschuss problemlos aus der Satzung herausgenommen werden.

eingereicht mit Ticket #1017385 am 2012-09-23

konkurierend mit [RP:Antrag/2012.2-024-Einrichtung eines Beschwerdeausschusses](#)

Änderungsantrag Nr.

So6

Beantragt von

[Bodo Thiesen](#)

Betrifft

Satzung des Landesverband RLP / §4.2 Abs 13

Beantragte Änderungen

Dem §4.2 Abs 13 werden an seinem Ende drei Sätze mit folgendem Wortlaut angefügt: »Im Falle von virtuellen Vorstandssitzungen ist ein Beschluss gültig, wenn die Mehrheit der Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu dem Beschluss in Textform erklärt. Im Falle von fernmündlichen Vorstandssitzungen ist ein Beschluss gültig, wenn die Mehrheit der an der Sitzung teilnehmenden Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu dem Beschluss fernmündlich erklärt. In beiden Fällen kann der Vorstand in seiner GO einschränkende Regelungen treffen.«

Begründung

Bisherige Praxis der Umlaufbeschlüsse via E-Mail (und möglicherweise auch die der fernmündlichen) stellt wahrscheinlich nach BGB § 28 iVm § 32 jene, die Beschlüsse durchführende Person oder Personengruppe unter das Risiko, dass der Beschluss erfolgreich angefochten wird und somit erfolgte Ausgaben privat getragen werden müssen. Dieser Antrag macht von BGB § 40 Gebrauch und lockert die strengen Regelungen aus BGB § 32 im Falle von virtuellen und fernmündlichen Vorstandssitzungen.

Änderungsantrag Nr.
006

Beantragt von

[Las Matti](#) und [Stefan Trös](#)

Betrifft

Satzung des Landesverband RLP / § 4.1

Beantragte Änderungen

Es wird beantragt die Satzung wie folgt zu ändern:

Im §4.1 (2) soll

b) die Wahl von Rechnungsprüfern,

durch

b) die Wahl von Rechnungs- und Kassenprüfern

ersetzt werden.

Am Ende von §4.1 sollen folgende Passagen eingefügt werden:

(10) Wird auf dem Landesparteitag ein neuer Vorstand gewählt, wählt der Landesparteitag mindestens zwei Rechnungsprüfer, die den finanziellen Teil des Tätigkeitsberichtes des Vorstandes und des Schatzmeisters vor der Beschlussfassung über ihn prüfen. Das Ergebnis der Prüfung wird dem Landesparteitag verkündet und zu Protokoll genommen. Danach sind die Rechnungsprüfer aus ihrer Funktion entlassen.

(11) Der Landesparteitag wählt mindestens zwei Kassenprüfer. Diesen obliegen die Vorprüfung des finanziellen Tätigkeitsberichtes für den folgenden Landesparteitag und die Vorprüfung, ob die Finanzordnung und das "Gesetz über die politischen Parteien" (PartG) eingehalten wird. Sie haben das Recht, kurzfristig Einsicht in alle finanzrelevanten Unterlagen zu verlangen, die ihnen dann vollständig vorzulegen sind. Sie sind angehalten, etwa zwei Wochen vor dem ordentlichen Landesparteitag die letzte Vorprüfung der Finanzen durchzuführen. Die Amtszeit der Kassenprüfer ist deckungsgleich mit der Amtszeit der Mitglieder des Landesvorstandes oder sie endet durch Austritt, Rücktritt, Abberufung durch den Parteitag beziehungsweise mit der Wahl ihrer Nachfolger..

Begründung

In der RP Landessatzung fehlt bis lang die Erläuterung der Begriffe "Rechnungsprüfer und Kassenprüfer".

eingereicht mit Ticket #1017786 am 2012-09-26 und #1018558 am 2012-10-09

Änderungsantrag Nr.
So7

Beantragt von

[Silvan](#)

Betrifft

Satzung des Landesverband RLP / § 7

Beantragte Änderungen

Ich würde gerne die Finanzordnung (auch in Hinblick auf die Beitragserhöhung) etwas flexibler gestalten:

Alte Fassung:

§7 Finanzordnung

(1) Es gilt die Bundesfinanzordnung.

Die betreffende Stelle die ich Abändern möchte befindet sich im folgenden Bereich:

§ 5 Höhe Mitgliedsbeitrag

(1) Der Mitgliedsbeitrag beträgt 36 Euro pro Kalenderjahr und ist am 01.01. eines jeden Jahres fällig.

(2) Bei Eintritt im Laufe eines Jahres ist der anteilige Jahresmitgliedsbeitrag pro Monat zu berechnen. Die Berechnung erfolgt monatsgenau, beginnend mit dem Monat in dem der Eintritt stattfindet.

(3) Die Piratenpartei empfiehlt ihren Mitgliedern zusätzlich zum festgelegten Mitgliedsbeitrag einen freiwilligen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 1% ihres Jahresnettoeinkommens.

(4) Der Mitgliedsbeitrag ist an die für das Mitglied zuständige Gliederung zu entrichten.

(5) Über Beitragsminderungen bei finanziellen Härten entscheidet die für das Mitglied zuständige Gliederung, sofern die Landessatzung nichts Gegenteiliges regelt.

(6) Der Finanzrat erarbeitet Änderungsvorschläge zur Höhe des Mitgliedsbeitrages.

=====

Ändern möchte ich den Punkt 5.5.

Neue Fassung:

§7 Finanzordnung

(1) Es gilt, bis auf die im Weiteren überarbeiteten Punkte, die Bundesfinanzordnung.

(2) Über Beitragsminderungen entscheidet die für das Mitglied zuständige Gliederung. Der geminderte Beitrag beträgt mindestens 12€/Kalenderjahr. Bei finanziellen Härtefällen ist auch eine Beitragsminderung auf 1€/Kalenderjahr möglich.

(3) Eine freiwillige Beitragserhöhung kann jederzeit bei der für das Mitglied zuständigen Gliederung beantragt werden.

Begründung

Ziel ist es wirklich niemanden auszuschließen. Die aktuelle Maßgabe eines finanziellen Härtefalls könnte evtl. für die eine oder andere Person ein Hindernis darstellen.

Ich stelle mir ein Formular vor, indem es 5 Beitragsempfehlungen gibt (z.B. 13,37€/Jahr; 42,42€/Jahr; 133,7€/Jahr; 08,15€/Monat; 13,37€/Monat) und ein Feld in das eine beliebige Zahl eingetragen werden kann. Das dürfte auch insbesondere für die finanziellen Unterstützer interessant sein, die jedoch nicht aktiv spenden möchten, sondern lieber eine Abbuchung haben.

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt. [S07: Änderung der Finanzordnung](#)

Änderungsantrag Nr.

S10

Beantragt von

[Jürgen Grothof](#)

Betrifft

Satzung des Landesverband RLP / § 4.4 (4) und (5)

Beantragte Änderungen

Der Antrag wurde auf dem LPT 2012.1 nicht behandelt

Ersetzen des Punktes § 4.4 (4) bisher:

(4) Die Einberufung von Gründungsversammlungen der nächstuntergeordneten Gliederungen richtet sich nach §5.1 dieser Satzung. Sie soll mindestens 2 Wochen vor der Veranstaltung erfolgen.

durch

(4) Die Gründung der untergeordneten Gliederungen richtet sich nach folgender Vorgehensweise:

- Die gründungswilligen Piraten haben ihren Gründungswillen dem Landesvorstand schriftlich mitzuteilen. Dazu müssen mindestens drei Piraten die Gründung unterstützen und es muss ein Ansprechpartner benannt werden, welcher die Gründung maßgeblich organisiert.
- Zum Zeitpunkt der Gründung einer untergeordneten Gliederung der PIRATEN Rheinland-Pfalz müssen der zukünftigen Gliederung mindestens zehn akkreditierungsfähige Piraten angehören.
- Die aktuelle Mitgliederzahl der betreffenden Gliederung wird den gründungswilligen Piraten auf Anfrage, durch den Landesvorstand mitgeteilt.
- Der Landesvorstand informiert die Piraten, die zukünftig der Gliederung angehören werden, schriftlich oder per E-mail über die Gründungsbestrebungen. Ab dem Zeitpunkt der Ankündigung haben die gründungswilligen Piraten sechs Monate Zeit, die Gliederung zu gründen.
- Die gründungswilligen Piraten sollen die Mitwirkung an der Gründung allen betroffenen Piraten ermöglichen. Vor der Gründung müssen die gründungswilligen Piraten mindestens ein Treffen zum Thema Gründung abhalten. Auf der Tagesordnung dieses Treffens soll das generelle Vorgehen, mögliche Gründungstermine, Satzungsentwürfe, GO-Entwürfe besprochen werden. Außerdem können sich die möglichen Vorstandskandidaten den zukünftigen Mitgliedern des Gebietsverbands vorstellen.
- Der Termin für die Gründung des Kreisverbandes soll durch eine Umfrage an die betroffenen Piraten festgelegt werden. Die Einladung zur Gründung des Kreisverbandes richtet sich nach §5.1 dieser Satzung. Sie sollte aber mindestens 2 Wochen vor der Veranstaltung durch den Landesvorstand erfolgen.

Aufnahme von Punkt §4.4 (5) in die Satzung

(5) Für Abweichungen von einzelnen Punkten aus §4.4 (4) ist die schriftliche Zustimmung des LVORs notwendig. Diese ist in das Gründungsprotokoll der zu gründenden Gliederung aufzunehmen.

Begründung

Um sich an der Basis besser aufzustellen ist die Untergliederung des LV RLP der Piraten notwendig. Da es hier immer wieder Fragen nach dem wie, wo und was gibt, sollten Grundlagen in die Satzung aufgenommen werden um rechtliche und organisatorische Klarheiten zu schaffen.

Der Punkt §4.4 (5) ist notwendig um Gründungsbestrebungen nicht z.B. an der Zahl 10 (akkreditierte Piraten) oder an einer Zeitüberschreitung (6 Monate) scheitern zu lassen. Dies sollten aber Ausnahmen bleiben.

Zusatz:

Eine genaue „HOW To“ zur Gründung einer Gliederung (hauptsächlich Kreisverband) werde ich in Kürze in einem Pad anlegen, um dann diesen Vorschlag gemeinsam zu überarbeiten und eine Vorgehensweise mit SA und GO Angeboten sowie einer ToDo Liste mit Hinweis auf diese Satzungspunkte ins RLP Wiki einzupflegen.

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt: [S10: Änderung §4.4 \(4\) und Erweiterung um §4.4 \(5\)](#)

>> Programmanträge <<

Änderungsantrag Nr.

P52

Beantragt von

Tanine, Pinae

Beantragte Änderungen

Es soll folgender Absatz aus dem Bildungskonzept ersetzt werden (Modul 02e): "Die Qualität der Hochschulen wird durch ein gemischtes Gremium aus Vertretern verschiedener Hochschulen gewährleistet. Private Agenturen sollen keinen Einfluss auf die Akkreditierung von Studiengängen bekommen."

Studiengänge müssen mindestens alle fünf Jahre akkreditiert werden, um eine konstant hohe Qualität und Vergleichbarkeit von Studiengängen zu gewährleisten. Die Akkreditierung wird durch eine paritätisch aus Professoren, Vertretern oder Vertreterinnen des akademischen Mittelbaus sowie Studierenden besetzten Akkreditierungskommission durchgeführt. Dabei müssen alle Vertretungen in der Akkreditierungskommission von anderen Hochschulen kommen, um voreingenommenen Entscheidungen vorzubeugen. Auftrag der Akkreditierungskommission ist es die Studienqualität und die Studierbarkeit, sowohl konzeptionell, als auch personell, als auch von den verfügbaren Räumlichkeiten und technischen Gegebenheiten her sicherzustellen. Dafür nimmt die Akkreditierungskommission eine Prüfung der Studiengangskonzeption vor, spricht mit allen betroffenen Statusgruppen und begutachtet die Räumlichkeiten. Bei Zweifeln an der Tauglichkeit des Konzepts oder den Räumlichkeiten muss die Akkreditierungskommission die Akkreditierung mit Begründung ablehnen. Hochschulen haben jedoch das Recht nach einer einmaligen Ablehnung innerhalb von sechs Monaten eine erneute Prüfung durch das gleiche Gremium durchführen zu lassen. Innerhalb der Akkreditierungskommission müssen Mitglieder jeder Statusgruppe einer Akkreditierung zustimmen, damit der Studiengang akkreditiert werden kann. Ein Votum gegen die Akkreditierung wird zur Qualitätssicherung zusammen mit der Begründung veröffentlicht. Akkreditierungsräte werden durch das Kultusministerium kontrolliert. Jede Hochschule sowie das Kultusministerium selbst kann gegen eine erfolgte oder versagte Akkreditierung Beschwerde einlegen. Folgt das Ministerium der Begründung der Beschwerde, kann es selbst eine erneute Prüfung der Unterlagen des Studiengangs, eine Prüfung der Akkreditierungskommission oder ein erneutes Akkreditierungsverfahren durch eine neu zusammengesetzte Akkreditierungskommission veranlassen. Folgt das Ministerium der Beschwerde nicht, kann die klagende Hochschule dennoch ein erneutes Akkreditierungsverfahren mit neu zusammengesetzter Akkreditierungskommission in die Wege leiten, sofern diese Hochschule die entstehenden Kosten auch übernimmt. Beschwerde gegen eine Akkreditierung kann vorgebracht werden bei Bedenken zur Zusammensetzung der Akkreditierungskommission, bei Vorwürfen der Bestechlichkeit oder Befangenheit von Mitgliedern der Akkreditierungskommission sowie fahrlässigen Fehlern im Verfahren. Wird beim Kultusministerium eine Akkreditierung beantragt, werden dort per Losverfahren aus Pools qualifizierter Vertreter oder Vertreterinnen der Statusgruppen Kommissionsmitglieder gelost.

Die Aufgabe in einer Akkreditierungskommission mitzuarbeiten ist eine Ehre und wird als solches nicht entlohnt. Den Kommissionsmitgliedern steht jedoch eine angemessene Aufwandsentschädigung zu. Außerdem hat die Hochschule der Kommissionsmitglieder Sorge zu tragen, dass die gewählten Kommissionsmitglieder für die Akkreditierungstätigkeit freigestellt werden und ihnen durch ihre Akkreditierungstätigkeit keine Nachteile entstehen. Die Kosten des Akkreditierungsverfahrens müssen von der Hochschule getragen werden, die die Akkreditierung in Auftrag gibt.

Begründung

Seit der Bologna-Reform wird die Studiengangakkreditierung durch private Akkreditierungsagenturen durchgeführt. Sowohl die Qualitätskontrolle als auch die Vergleichbarkeit der Studiengänge wird durch dieses Verfahren nicht ausreichend sichergestellt. Private Agenturen, die mit Gewinnabsichten operieren müssen, sind nicht geeignet, die für die Allgemeinheit wichtige Aufgabe der Studiengangakkreditierung ausreichend unbeeinflusst sicherzustellen. Zu den Bedenken der Befangenheit der privaten Agenturen gesellen sich in der Praxis hohe Kosten von 10000-15000€ pro Akkreditierung. Das im Antrag geforderte System vereinfacht die Akkreditierung und stellt durch Losverfahren und die demokratische Wahl der Ratsmitglieder sowohl Unbestechlichkeit als auch Unbefangenheit der Akkreditierung sicher. Dadurch, dass die Ratsmitglieder alle von unterschiedlichen Hochschulen kommen, wird die Vergleichbarkeit der Studiengänge gewährleistet. Durch den relativ kleinen Akkreditierungsrat sowie den Verzicht auf eine reguläre Bezahlung ist eine deutliche Reduktion der Kosten pro Akkreditierung zu erwarten.

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt

Änderungsantrag Nr.

018

Beantragt von

AG Bauen und Verkehr - Rheinland-Pfalz

Beantragte Änderungen

Es wird von der AG Bauen und Verkehr - Rheinland-Pfalz beantragt, dass in unser Parteiprogramm der Bereich "Bauen und Verkehr" eingetragen wird.

Begründung

Die AG Bauen und Verkehr beschäftigt sich intensiv mit den Projekten zur Sicherstellung der Infrastruktur in Rheinland-Pfalz. Derzeit sind die Themen bereits klar und vielfältig:

- B10
- Rheinbrücken
- Moselbrücken
- Jugendhaus Annweiler
- Projekt A65 - Verbindung nach Neulauterburg
- Strassenzustandsbericht des Landes RLP

- Flughafensituationen in Zweibrücken und Hahn
- ggf. Nürburgring

Wir wollen mit dem Antrag eine Grundlage schaffen und zu regionalen Projekten eine Stellungsberechtigung für die handelnden Piraten und die Partei liefern. Dies vor allem auch in Hinblick auf das IFG (Informationsfreiheitsgesetz) und die Anfragen, die zur Klärung von Sachverhalten und Anfragen erforderlich sind.

eingereicht mit Ticket #1019170 und #1019460 am 2012-10-09

ergänzt möglicherweise [RP:Antrag/2012.2-027-Ausbau der B10](#)

Änderungsantrag Nr. P15

Beantragt von

[PP Baum](#) 04:47, 5. Mai 2012 (CEST)

Beantragte Änderungen

Die Piratenpartei RLP fördert das Ehrenamt. Eine saubere Sprache hilft. Ein Ehrenamt ist grundsätzlich unbezahlt. Die Piratenpartei strebt an, dass bezahlte Nebenämter als solche bezeichnet werden. Wir sprechen von Amt, Nebenamt und Ehrenamt.

Begründung

Kurt Beck will laut Stuttgarter Zeitung <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.interview-mit-kurt-beck-verantwortung-fehlt-man-spielt-mit-politik.858d59f5-1065-4f20-ab5a-fc1b9111352e.html> nach seiner Amtszeit ein Ehrenamt anstreben. Bestimmt stellt sich Niemand vor, dass er Turnen, Fußball, Schach, Musik oder Geschichte in Bad Bergzabern unterstützen will? Ein zur Zeit noch so genanntes Ehrenamt, wie er es anstrebt, beinhaltet eine monatliche so genannte Entschädigung von einigen Tausend Euro, Flüge 1. Klasse sowie Aufenthalte in Hotels und Bewirtungen der Luxuskategorie. Das wird jeder echt ehrenamtlich Tätige als Verhöhnung empfinden. Engagierte werden vergrämt. Wir Piraten wollen die Menschen für Engagement gewinnen.

Anmerkung: Der Antragsteller hat inzwischen klargestellt, dass dies ein Antrag für das Wahlprogramm ist.

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt [P15: Ehrenamt-Nebenamt-Hauptamt](#)

Änderungsantrag Nr. O12

Beantragt von

[Xander.Dorn](#)

Beantragte Änderungen

Im Wahlprogramm soll an geeigneter Stelle das neue Kapitel mit der Überschrift "Flugverkehrsbelastungen minimieren" mit diesem Inhalt eingefügt werden:

Wir sehen in der zunehmenden Belastung der Menschen durch den Flugverkehr ein großes Problem. Fluglärm und Abgase stellen einen schweren Eingriff in das Leben der Menschen in Würde und Freiheit dar. Wir fordern rheinland-pfälzische und hessische Landesregierung auf, sich stärker gegen die Belastungen zu engagieren, die durch die Flughäfen in Rheinland-Pfalz, Hessen und anderen sich auf Rheinland-Pfalz auswirkenden Regionen entstehen.

Bei zukünftigen Flughafenausbauten oder ähnlichen Erweiterungen, die ein erhöhtes Flugverkehrsaufkommen mit sich bringen würden, wollen wir uns für frühzeitige Bürgerbeteiligung und Volksabstimmungen über die Umsetzung stark machen - unabhängig davon, ob es sich um zivile oder militärische Flughäfen handelt. Für die Rhein-Main-Region fordern wir ein 8-stündiges Nachtflugverbot zwischen 22 Uhr und 6 Uhr morgens, damit die belasteten Menschen zur Ruhe kommen können.

Wir wollen den Fluglärm insgesamt reduzieren und den verbleibenden Lärm gerechter verteilen. Dies bedeutet im Einzelnen:

- dass dem Schutz der Bevölkerung vor Emissionen, Gesundheitsgefährdungen und Vermögensverlusten Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen gegeben wird
- dass alle technischen Möglichkeiten genutzt werden, um lärmärmere An- und Abflugverfahren ganztagig einzuführen
- dass Flugverkehr und Fluglärm über Wohngebieten begrenzt werden
- dass die Lage von vorhandenen Flugrouten anhand aktuellem Kartenmaterial über tatsächlich unbebautem Gebiet optimiert wird
- dass ein Tempolimit auf dem Anflug zu Flughäfen von 210 Knoten eingeführt wird (schnelle Flugzeuge sind lauter)
- dass eine räumliche Verteilung des Restfluglärms über alle Anrainer von Flughäfen erfolgt - unabhängig von der Besiedelungsdichte - gemäß dem Motto "Alle mit weniger Lärm belasten" (-> Räumliche Bündelung und zeitliche Staffelung)
- dass durch ein striktes Nachtflugverbot von 22 - 6 Uhr in Kombination mit einer starken Verminderung der Flugbewegungen zwischen 18 - 22 Uhr sowie zwischen 6 - 8 Uhr dem Schutz der Einschlaf- und Nachtruhe der Bevölkerung Rechnung getragen wird
- dass dauerhafte Messungen der Lärmbelastung mit modernen Messmethoden vorgenommen werden
- dass alle Ergebnisse von Messungen und Gutachten der Öffentlichkeit vollständig offen gelegt werden müssen

Begründung

entstammt dem Mainzer Kommunalwahlprogramm

eingereicht mit Ticket #1017552 am 2012-09-24

Änderungsantrag Nr.

001

Beantragt von

[Xander.Dorn](#)

Beantragte Änderungen

Im Wahlprogramm soll das neue Kapitel mit der Überschrift "Genderpolitik" hinzugefügt werden.

Begründung

Anlegen dieses Kapitels, bitte die weiteren Anträge zu dieser Thematik beachten:

[Genderpolitik A](#)

[Genderpolitik B](#)

[Genderpolitik C](#)

eingereicht mit Ticket #1017552 am 2012-09-24

Änderungsantrag Nr.

002

Beantragt von

[Xander.Dorn](#)

Beantragte Änderungen

Im Wahlprogramm soll im Kapitel "Genderpolitik" hinzugefügt werden:

Unsere Gesellschaft unterliegt einer zunehmenden Individualisierung der Lebensstile. Traditionelle Vorstellungen verlieren weiter an Bedeutung und auch der Begriff des Multikulturalismus kann dies nicht mehr fassen. Menschen können und dürfen nicht mehr in Klassen oder Schichten eingeordnet werden, die willkürlich gewählten Grenzen soziale Milieus verschwimmen in immer stärkerem Maße. Wir leben in einer Welt, in der Frau nicht gleich Frau, Mann nicht gleich Mann ist. Geschlechterrollen sind nicht festgeschrieben und jedem Menschen steht es zu, sich selbst zu definieren. Die PIRATEN haben diese Realität erkannt und zielen auf eine Anpassung der Gesetzeslage an die heutige Gesellschaft statt einer gesetzlichen Forcierung einer einzelnen Leitkultur ab.

Begründung

eingereicht mit Ticket #1017552 am 2012-09-24

Änderungsantrag Nr.

003

Beantragt von

[Xander.Dorn](#)

Beantragte Änderungen

Im Wahlprogramm soll im Kapitel "Genderpolitik" hinzugefügt werden:

Selbstbestimmtes Leben ist für Individuen, für mündige Bürger nur möglich, indem ein rechtlicher Rahmen geschaffen wird, der offen ist für die freie Entfaltung einzigartiger Persönlichkeiten. Subkulturen gilt es daher nicht zu bekämpfen, sondern zu akzeptieren. Sexuelle Orientierung und Identität sowie Zuschreibungen einer Geschlechterrolle dürfen nicht zur Benachteiligung in Bildung, Beruf und gesellschaftlicher Teilhabe führen. Die PIRATEN stehen daher für eine moderne Genderpolitik, bei der durch geeignete Maßnahmen eine bessere Chancengleichheit geschaffen werden soll.

Begründung

eingereicht mit Ticket #1017552 am 2012-09-24

Änderungsantrag Nr.

004

Beantragt von

[Xander.Dorn](#)

Beantragte Änderungen

Im Wahlprogramm soll im Kapitel "Genderpolitik" als neuer Absatz hinzugefügt werden:

Die PIRATEN sehen in geschlechtsbezogenen Quoten kein geeignetes Mittel zur Lösung von Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die Förderung anonymer Bewerbungs- und Einstellungsverfahren sowie eine Verlängerung der Elternzeit, die eine gleichmäßigere Verteilung zwischen den Eltern ermöglicht, sind Maßnahmen, auf welche die PIRATEN hinwirken. Ein Bedingungsloses Grundeinkommen ohne Sanktionen erlaubt einen besseren Ausgleich von Berufstätigkeit und Heim- und Erziehungsarbeit in Lebensgemeinschaften und Familien.

Begründung

eingereicht mit Ticket #1017552 am 2012-09-24

Änderungsantrag Nr.

013

Beantragt von

[Xander.Dorn](#)

Beantragte Änderungen

Im Wahlprogramm soll im Kapitel "Open Access" das neue Kapitel mit der Überschrift "Informationelle Barrierefreiheit" mit diesem Inhalt hinzugefügt werden:

Die Piratenpartei setzt sich für den freien Zugang zu Wissen und Informationen für Seh- und körperlich Behinderte ein. Öffentlich finanzierte Schriftwerke und amtliche Dokumente sowie Formulare sollen auch in Blindenschrift oder mittels anderer geeigneter Maßnahmen verfügbar gemacht, Archive, Ämter und andere öffentliche Einrichtungen behindertengerecht ausgebaut werden. Es sollen Anreize dafür geschaffen werden, auch nicht öffentlich finanzierte Werke für Blinde verfügbar zu machen.

Begründung

eingereicht mit Ticket #1017552 am 2012-09-24

Änderungsantrag Nr.

P09

Beantragt von

[JoSch](#)

Beantragte Änderungen

Der Landesparteitag möge beschliessen, folgenden Text in das Kapitel "Informationsfreiheit im 21. Jahrhundert - Offene Daten für mündige Bürger!" im Unterkapitel "Transparenz des Staatswesens und Lobbyismus" oder nach Massgabe des Landesparteitages einzufügen:

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass die Landesverfassung so geändert wird, dass die Ausschüsse des Landtages Verfassungsrang bekommen. Insbesondere sollen diese grundsätzlich öffentlich abzuhalten sein. Zur Zeit gibt es in der Landesverfassung nur eine Regelung zu Untersuchungsausschüssen (Art. 91). Als Vorbild können der Art. 17 der Landesverfassung von Schleswig-Holstein und der Art.44 der Landesverfassung von Berlin gelten.

Begründung

Die Öffentlichkeit der Ausschüsse wird z.Zt. nur durch die GO garantiert. Die GO kann leichter geändert werden als die Landesverfassung. Ausserdem kann bei jeder neuen Konstituierung des Landtages eine ganz neue GO verabschiedet werden, so dass es keine Garantie gibt, dass weder die Ausschüsse selbst noch die grundsätzliche Öffentlichkeit der Ausschüsse gewahrt bleibt. Ein Verstoß gegen die GO ist ein kleineres Problem als ein Verstoß gegen die Verfassung, gegen den jeder beim Verfassungsgerichtshof Klage erheben kann.

Die Inspiration für diesen Antrag kommt von folgenden [Blog](#)

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt: [P09: Landtagsausschüsse](#)

Änderungsantrag Nr.

014

Beantragt von

[Xander.Dorn](#)

Beantragte Änderungen

Im Wahlprogramm soll unter der Überschrift "Rechtliche Gleichstellung" der erste Satz ersetzt werden durch:

Wir setzen uns dafür ein, dass sich Rheinland-Pfalz sowohl auf Landesebene als auch über den Bundesrat für ganz Deutschland dafür einsetzt, die rechtliche Gleichstellung aller Menschen unabhängig ihrer sexuellen Identität und Orientierung voranzutreiben.

Alte Fassung:

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Land Rheinland-Pfalz sich im Bundesrat dafür stark macht, die rechtliche Gleichstellung aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Identität voranzutreiben.

Begründung

In der bisherigen Fassung war der Einsatz auf den Bundesrat beschränkt, in der neuen Fassung wäre auch die Landesebene ausdrücklich inbegriffen. Außerdem wurde zur sexuellen Identität auch die sexuelle Orientierung ergänzt.

eingereicht mit Ticket #1017552 am 2012-09-24

Änderungsantrag Nr.

P04

Beantragt von

[Oibelos](#)

Beantragte Änderungen

Aus dem Parteiprogramm des Landesverbandes Rheinland-Pfalz wird alles gestrichen, was im Parteiprogramm des Bundesverbandes steht oder aus einer älteren Version des Parteiprogramm des Bundesverbandes stammt.

Das bedeutet: Alle Kapitel außer dem Kapitel "Energiepolitik" werden gestrichen.

Begründung

Dies ist ein Konkurrenzantrag zum Antrag [RP:Antragsfabrik/Übernahme der Änderungen am Bundes-Parteiprogramm](#).

Unser derzeitiges Parteiprogramm des Landesverbandes ist zum allergrößten Teil eine Kopie einer alten Version des Programms des Bundesverbandes.

Das Programm des Bundesverbandes umfasst mittlerweile wesentlich mehr Punkte. Damit, dass wir einige Punkte aus dem (alten) Bundesprogramm im Landesprogramm haben, andere aber nicht, erwecken wir den Eindruck, wir würden diese nicht übernommenen Punkte nicht befürworten.

Ob Presseberichte, in denen unser Landesverband als konservativer Landesverband oder als Kernie-Landesverband dargestellt wurde, dadurch zustande kamen, ist nicht sicher, aber wahrscheinlich.

Außerdem ist es einfach unschön, wenn wir eine 2 Jahre veraltete Version des Bundesprogramms als Landesprogramm haben.

Dies zu lösen gibt es zwei Möglichkeiten:

A) Wir übernehmen alle Punkte in der aktuellen Version aus dem Bundesprogramm. Dazu habe ich den Antrag [Übernahme-Änderungen-Bund-BPT2010.2-und-BPTs2011](#) gestellt.

B) Wir streichen alle Punkte, die aus dem Bundesprogramm stammen, aus unserem Landesprogramm. Das ist dieser Antrag.

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt [P04: Redundanzen Landes-und Bundesprogramm](#)

Änderungsantrag Nr.

P12

Beantragt von

[HeimdallTR](#)

Beantragte Änderungen

Hiermit beantrage ich, dass folgender Antragstext hinter der Präambel ins Grundsatzprogramm der Piraten Rheinland-Pfalz aufgenommen wird:

Antragstext:

Das Selbstverständnis der Piraten

Die Piraten verstehen sich als Vereinigung von Menschen die durch gemeinsame Werte vereint politische Veränderungen herbeiführen. Die Werte die uns zusammenführen beschreiben wir in den Lucky Seven.

Lucky Seven

Piraten sind freiheitsliebend

Wir achten und schützen unsere Freiheit und die der anderen. Wir entscheiden frei und unserem Gewissen verpflichtet. Wir lassen uns nicht bestechen und widerstehen Zwängen die unsere Freiheit und die unserer Mitmenschen bedroht.

Piraten sind fair, friedlich und tolerant

Wir achten das körperliche und seelische Wohlergehen unserer Mitmenschen. Wir behandeln unsere Mitmenschen fair und erquicken uns an der Vielfalt und am Facettenreichtum des Lebens. Wir begrüßen, achten und fördern Pluralismus in Idee und Gestalt.

Piraten teilen und mehren Wissen

Wir setzen uns für die freie Wissensgesellschaft ein. Wissen und Kultur zu teilen ist der Schlüssel zu Chancengerechtigkeit und zu einer materiell, geistig und kulturell wohlhabenden Gesellschaft. Wir engagieren uns für Bildungsfreiheit und Chancengleichheit.

Piraten sind originell und schlicht

Wir suchen einfache und verständliche Lösungen für komplizierte Probleme. Nachvollziehbare Regeln sind der Schlüssel für fruchtbare Teilhabe.

Piraten sind couragiert

Wir kämpfen für unsere Ziele und treten für sie ein. Wir sind weder verwegen noch ängstlich. Wir reflektieren unser Handeln und unser Denken. Wir stehen zu unseren Fehlern und sehen sie als Teil unserer Entwicklung. Wir betrachten uns als Prozess und nicht als Tatsache.

Piraten denken global und handeln nachhaltig

Wir sehen uns als Mensch – nicht als Nation. Wir suchen Lösungen die für uns, unsere Nachbarn und unsere Kinder gelten können.

Piraten achten Schöpfung und Besitz anderer

Wir behandeln Werk, Schöpfung und Besitz anderer mit Respekt.

Begründung

Dieser Passus soll Interessierten/Presse/Mitgliedern einen Einblick in die gemeinsam geteilten Werte geben, die wir unserer Parteiarbeit zu Grunde legen. zweite Zeile usw.

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt [P12: »Lucky Seven«](#)

Änderungsantrag Nr.

020

Beantragt von

[Christoph Manz](#)

Beantragte Änderungen

ich bitte folgenden Wahlrogranmantrag am Landesparteitag zur Abstimmung zu stellen:

Nationalpark RLP- Durchführung eines Volksentscheids

Dadurch soll die Selbstbestimmung der rheinland- pfälzischen Bevölkerung bei Verwendung von Staatseigentum gestärkt werden.

Begründung

Die derzeitige Landesregierung strebt ein Referendum zum Nationalpark in RLP an. In der Bevölkerung gibt es gegensätzliche Auffassungen in Bezug auf eine ökonomische und ökologische Aufwertung durch dieses Vorhaben. Desweiteren wird es zu Einschränkungen der Menschen in diesem Gebiet kommen. Die Gebietkulisse, des zukünftigen Nationalparks, ist im Eigentum des Landes (Staatswald). Der Eigentümer ist damit die rheinland- pfälzische Bevölkerung. Aus diesem Grund befürworten die Piraten einen Volksentscheid, in der abgestimmt wird, ob ein Nationalpark in RLP ausgewiesen wird oder nicht.

eingereicht mit Ticket #1019736 am 2012-10-12.

Als Wahlprogrammantrag umgeschrieben mit Ticket #1019736 am 2012-10-21.

Änderungsantrag Nr.

015

Beantragt von

[Xander.Dorn](#)

Beantragte Änderungen

Im Wahlprogramm soll im Vorwort nach dem Satz "Die Piratenpartei setzt sich für einen stärkeren Schutz und eine stärkere Beachtung der Grundrechte ein und will die Bürgerrechte insbesondere auch gegenüber dem sie bedrohenden Staat bzw. dessen Einrichtungen verteidigen." als neuer Absatz eingefügt werden:

Ungleiche Behandlung zwischen den Geschlechtern, aufgrund sexueller Identität und Orientierung, Alter und Herkunft sowie weiterer von den Individuen nicht beeinflussbarer Merkmale entspricht nicht dem Werteverständnis der PIRATEN. Dieser Ungleichheit stellt sich die Piratenpartei entschieden entgegen, sie will Ursachenforschung nicht weiter unbeachtet lassen, um den negativen Folgen mit geeigneten statt mit ideologisch hergeleiteten Mitteln entgegenzuwirken.

Begründung

Ungleichheit, wie beispielsweise die unterschiedlichen Einkommensverhältnisse zwischen Männern und Frauen, die Altersarbeitslosigkeit und die Bildungsbenachteiligung von Kindern aus sozial schwachen Familien sind allgemein bekannte Probleme, die jedoch zumeist nur mit aus Theorien oder Ideologien wie dem Neoliberalismus oder dem Sozialismus hergeleiteten Mitteln angegangen werden. Ein Umdenken ist notwendig, sich nicht blind auf vermeintlich klare Linien einer Leitlehre zu stützen sondern angemessen und vernunftorientiert zu handeln.

eingereicht mit Ticket #1017552 am 2012-09-24

Änderungsantrag Nr.

P16

Beantragt von

[Koenig](#)

Beantragte Änderungen

Es wird beantragt, den folgenden Text zum Passus "Umfassendere politische Bildung ..." des Wahlprogramms hinzuzufügen:

Die Stundenzahl für das Fach Sozialkunde/Politik/Gemeinschaftskunde soll erhöht werden. Diese Erhöhung soll u.a. dazu genutzt werden, die Anteile der Wirtschaftskunde in diesem Fach auszubauen. Wirtschaftskunde sollte dabei Aspekte aller relevanten Themenbereiche von der Verbraucherbildung bis zu den Grundfragen des Wirtschaftssystems umfassen. Dabei wird darauf geachtet, dass ein unparteiischer und kritischer Wirtschaftsunterricht angeboten wird, der nicht von Wirtschaftsinteressen gesteuert wird. Ein entsprechendes Angebot an Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte soll angeboten werden. Langfristig soll sich die Aufwertung der Wirtschaftskunde an allgemeinbildenden Schulen auch in der Lehrerausbildung niederschlagen.

Begründung

Das Fach Sozialkunde/Politik ist - zumindest am Gymnasium - das Fach mit der geringsten Stundenzahl. Dies ist nicht mit dem Auftrag, die Schüler zu mündigen, engagierten und sachkundigen Demokraten zu erziehen, zu vereinbaren. Die Ökonomie bildet bereits seit gut einer Generation den Masterdiskurs unserer Gesellschaft. Gleichwohl machen die allgemeinbildenden Schulen kaum Angebote zur ökonomischen Bildung. Wirtschaftsthemen werden zwar im Rahmen des Faches Sozialkunde/Politik/Gemeinschaftskunde auch angesprochen, machen aber nur einen kleinen Teil der ohnehin sehr geringen Unterrichtszeit aus. Diese Lücke versuchen Unternehmen und Wirtschaftsverbände zu nutzen. Sie drängen massiv mit kostenlosen, hochwertig produzierten, aber tendenziösen Materialien in die Schulen. Deshalb sollten die Schulen in die Lage versetzt werden, einen kritischen Wirtschaftskundeunterricht zu machen.

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt [P16: Sozialkunde/Politik/Gemeinschaftskunde](#)

Änderungsantrag Nr.

016

Beantragt von

[Xander.Dorn](#)

Beantragte Änderungen

Im Wahlprogramm soll im Kapitel "Wahlalter für Landtags und Kommunalwahlen" der Absatz "Wahlalter absenken" ersetzt werden durch:

Wahlalter absenken

Kinder und Jugendliche sind als Schüler in besonderem Maße von Entscheidungen der Bildungspolitik betroffen. Diese obliegt vor allem der Entscheidungshoheit der Landtage. Auch von der Ausgestaltung des Öffentlichen Personennahverkehrs und anderer lokaler Themen sind Kinder und Jugendliche oft stärker betroffen. Die Regelungen in diesen Bereichen werden vorwiegend in den Stadträten, Kreistagen und weiteren kommunalen Parlamenten entschieden. Zu Landtags- und Kommunalwahlen besteht das Wahlrecht jedoch erst ab 18 Jahren. Altersgrenzen täuschen vor, dass mit der Überschreitung eines Datums ein Bürger mündig werde

und erst ab diesem Zeitpunkt an der politischen Mitbestimmung teilnehmen darf. Jede Altersgrenze unterliegt dabei jedoch einer willkürlichen Festlegung und schließt somit kategorisch eine Bevölkerungsgruppe aus, über und für welche jedoch wichtige politische Entscheidungen gefällt werden. Es darf einzig in der freien Entscheidung jedes und jeder Einzelnen liegen, ob von der Möglichkeit der Stimmabgabe Gebrauch gemacht wird. Die Piratenpartei setzt sich daher für die Abschaffung einer Altersgrenze zur Wahlberechtigung ein und fordert das Wahlrecht ab Geburt.

Alte Fassung:

Wahlalter absenken

Gerade die Themen auf Landes- und Kommunalebene sind Themen, die Jugendliche in hohem Maße betreffen. So wird auf diesen Ebenen zum Beispiel über die Themen Bildung und den öffentlichen Nahverkehr diskutiert. Deshalb fordert die Piratenpartei kurzfristig eine Herabsetzung des Wahlalters für Landtagswahlen auf 16 Jahre und für Kommunalwahlen auf 14 Jahre, damit auch die Betroffenen selbst die Möglichkeit der demokratischen Teilhabe haben.

Begründung

Der Antrag folgt diesem Positionspapier der Jungen Piraten:

https://wiki.junge-piraten.de/wiki/Bundesmitgliederversammlung_2012.Q1/Antrag_C3%A4ge#Antrag:_Positionspapier:_Abschaffung_des_aktiven_Wahlalters.2C_Wahlrecht_ab_Geburt

eingereicht mit Ticket #1017552 am 2012-09-24

Änderungsantrag Nr.

P11

Beantragt von

PP Baum 25. geändert 30. April 2012

Beantragte Änderungen

Dem Programm des Landesverbandes wird ein neuer Abschnitt unter dem Titel »frühere Aktivitäten« hinzugefügt:

»Unser Ziel ist eine friedliche, freiheitliche und pluralistische Gesellschaft. Wir setzen zum Erreichen dieser Ziele besonders auf das Gespräch. Dialoge oder zu Deutsch Zwiegespräche ergeben nur Sinn, wenn beide Seiten für die Argumente des Partners offen sind. Menschen können sich ändern. Wenn Jemand früher totalitäre, extremistische und faschistische Überzeugungen öffentlich und nachvollziehbar vertreten hat, muss er sich von diesen in gleicher Form abkehren. Danach stehen die Piraten ihm wieder zum Dialog zur Verfügung.«

Begründung

Unser Problem ist nicht neu. Jede Gemeinschaft kennt es, dass Menschen in der Vergangenheit gegen Prinzipien der Gemeinschaft verstoßen haben. Nach neueren Erkenntnissen möchten sie später gerade in die betreffende Gemeinschaft aufgenommen werden. Berühmt ist das Damaskus-Erlebnis des Apostels Paulus. Christen verlangen zum Beispiel für Vergebung Umkehr und Reue. Reue geht mir zu weit. Daraus wird schnell Heuchelei.

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt [P11: Frühere Aktivitäten](#)

Änderungsantrag Nr.

P03

Beantragt von

Oibelos

Beantragte Änderungen

Es wird beantragt (falls der Parteitag das wünscht, ist modulweise oder jeder Punkt einzeln abzustimmen):

Wir übernehmen Änderungen und Erweiterungen, die bis zum Antragsschluss zum 1. Landesparteitag 2012 durch die Bundesparteitage am Bundes-Parteiprogramm vorgenommen wurden, auch in unser Landesprogramm.

Diese sind:

vom Bundesparteitag 2010.2

1. Das Kapitel "Mehr Demokratie wagen" wird ersetzt durch das neue Kapitel gleichen Namens aus dem Bundes-Parteiprogramm und verschoben an die gleiche Position wie beim Bundes-Parteiprogramm (direkt nach der Präambel).
2. Das Kapitel "Patentwesen" wird mit gleichem Text wie beim Bundes-Parteiprogramm nach "Urheberrecht" eingefügt, die alten Kapitel "Software Patente" und "Patentwesen" werden entfernt.
3. Der Punkt "Teilhabe am digitalen Leben einfügen" wird mit gleichem Text wie beim Bundes-Parteiprogramm nach "Freie demokratisch kontrollierte technische Infrastruktur" eingefügt.
4. Der Punkt "Digitale Rechteverwaltung (DRM)" wird entfernt.
5. Das bisherige Kapitel "Bildung" durch die neue Version aus dem Bundes-Parteiprogramm ersetzt.
6. Das Kapitel "Geschlechter- und Familienpolitik" mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm eingefügt.
7. Das Kapitel "Recht" wird mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm eingefügt.
8. Das Kapitel "Informationsfreiheitsgesetze" wird mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm eingefügt.

9. Eingefügt wird folgender Absatz aus dem Bundes-Parteiprogramm im Kapitel "Transparenz des Staatswesens" vor dem Punkt "Offene Verträge mit der Wirtschaft": "Die Piratenpartei setzt sich für eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte ein. Beamte im Einsatz bei Versammlungen sind zu verpflichten, von weitem sicht- und erkennbare Kennzeichen zu tragen. Die Kennzeichen sind pseudonym (z. B. in Form einer Nummer) zu gestalten und dürfen von Einsatz zu Einsatz wechseln.

Es muss jederzeit auch im Nachhinein möglich sein, mit richterlichem Beschluss ein Kennzeichen einer Person zuzuordnen. Der Vorgesetzte ist für die wirksame Durchsetzung der Kennzeichnungspflicht und die korrekte Führung der Zuordnungen von Kennzeichen zu Personen verantwortlich.

Polizisten sind zu verpflichten, Verstöße durch andere Polizisten zu verhindern oder - falls dies nicht möglich ist - zu melden sowie den/die beteiligten Beamten zu identifizieren. Verletzungen dieser Pflichten (Tragen des Kennzeichens, korrektes Führen der Zuordnungsliste, Verhindern/Melden von Verstößen) sind strafrechtlich zu sanktionieren."

10. Das Kapitel "Umwelt" wird mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm eingefügt.

11. Bei der Einfügung des Kapitels "Umwelt" wird auf den Punkt "Energiepolitik" verzichtet. Stattdessen wird das Kapitel "Energiepolitik" aus unserem Landes-Grundsatzprogramm an diese Stelle gesetzt.

von den Bundesparteitag 2011

1. Einfügen des Kapitels "Offene Verträge mit der Wirtschaft" mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm.
2. Einfügen des Kapitels "Freier Zugang zu öffentlichen Inhalten" mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm.
3. Einfügen des Kapitels "Für die Vielfalt in der Gesellschaft" mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm.
4. Einfügen des Kapitels "Drogenpolitik" mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm.
5. Einfügen des Kapitels "Suchtpolitik" mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm.
6. Einfügen des Kapitels "Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden (ausgenommen Rechtsanwalts-, Notar- und Ärztekammern)" mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm.

Bei der Übernahme von Texten aus dem Bundes-Parteiprogramm wird jeweils "Piratenpartei Deutschland" ersetzt durch "Piratenpartei Rheinland-Pfalz".

Begründung

Dies ist ein Konkurrenzantrag zum Antrag [RP:Antragsfabrik/Übernahme der Änderungen am Bundes-Parteiprogramm](#).

Unser derzeitiges Parteiprogramm des Landesverbandes ist zum allergrößten Teil eine Kopie einer alten Version des Programms des Bundesverbandes.

Das Programm des Bundesverbandes umfasst mittlerweile wesentlich mehr Punkte. Damit, dass wir einige Punkte aus dem (alten) Bundesprogramm im Landesprogramm haben, andere aber nicht, erwecken wir den Eindruck, wir würden diese nicht übernommenen Punkte nicht befürworten.

Ob Presseberichte, in denen unser Landesverband als konservativer Landesverband oder als Kernie-Landesverband dargestellt wurde, dadurch zustande kamen, ist nicht sicher, aber wahrscheinlich.

Außerdem ist es einfach unschön, wenn wir eine 2 Jahre veraltete Version des Bundesprogramms als Landesprogramm haben.

Dies zu lösen gibt es zwei Möglichkeiten:

A) Wir übernehmen alle Punkte in der aktuellen Version aus dem Bundesprogramm. Das ist dieser Antrag.

B) Wir streichen alle Punkte, die aus dem Bundesprogramm stammen, aus unserem Landesprogramm. Dazu habe ich den Antrag [Redundanzen Landes- und Bundesprogramm](#) gestellt.

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt [Po3: Übernahme Änderungen Bund BPT2010.2 und BPTs 2011](#)

>> Sonstige Anträge <<

Änderungsantrag Nr.

X04

Beantragt von

Silvan

Beantragte Änderungen

Der Landesparteitag möge beschließen, dass alle Mitgliedsanträge die auf einem alten Formular (mit 36€) ankommen im Jahr 2012 auch lediglich mit (höchstens) 36€ berechnet werden.

Begründung

Diese Regelung ermöglicht es uns, alte Flyer weiterbenutzen zu können und nicht im Nachhinein einen höheren Beitrag zu verlangen.

Ich denke, dass hiermit einiges an Verwaltungsaufwand gespart werden könnte.

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt [X04: Alter Beitrag 2012](#)

Änderungsantrag Nr.

017

Beantragt von

S.B.

Beantragte Änderungen

Es wird beantragt, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

Wir fordern eine Mindstrente von 750 € für Frührentner und eine Aufstockung aller Renten, die unter 750 € liegen.

Begründung

Fakt ist: schon heute sind 67 % der heutigen Rentner von der Altersarmut betroffen. Darunter verstehe ich, alle die weniger als 750 € zum Leben haben.

Fakten

Da ein Teil der Rentner mehr als eine Rente bezieht, liegt die Anzahl der Rentner unter der des Rentenbestandes. Ende 2007 lag die Zahl der Rentner bei rund 20 Millionen, die des Rentenbestandes bei 24,34 Millionen (ohne Waisenrenten). Von der DRV Bund aus 12/2010: Niedrigrenten (33,4%):

- 4,6% erhalten eine Rente von 100,- € oder weniger
- 16,0% zwischen 100,- € und 300,- €
- 12,8% zwischen 300,- € und 500,- €

Mittelfeld (45,8%):

- 18,1% zwischen 500,- € und 700,- €
- 15,9% zwischen 700,- € und 900,- €
- 11,8% zwischen 900,- € und 1.100,- €

Spitzengruppe (20,8%):

- 9,9% zwischen 1.100,- € und 1.300,- €
- 6,3% zwischen 1.300,- € und 1.500,- €
- 3,4% zwischen 1.500,- € und 1.700,- €
- 1,2% mehr als 1.700,- €

67 % von 24 mill. Rentnern Leben in Altersarmut

HIER ZAHLEN UND FAKTEN ZUM THEMA

Heute leben bereits 16.000.000. in Altersarmut. Deshalb bin ich der Meinung, hier muß schnell eine Lösung erarbeitet werden und nicht erst in 20 Jahren. Piraten für Menschen @sozialpiraten

1. Piraten Politik auf dem Vormarsch. Heute: SPD will #BGE für Leute

ab 67 Jahren einführen - Höhe 850€ / cc @Sozialpiraten Wenn ich so etwas menschenverachtendes lese, kocht bei mir alles. Viele dieser Betroffenen werden erst gar nicht 67 Jahre alt, da wissenschaftlich bewiesen ist, dass Menschen im Niedriglohnsektor die tiefste Lebenserwartung haben.

Da ich selber betroffene bin, ich bin Frührentnerin, würde ich gerne dazu beitragen, dass wir dieses Problem zu einem Wahlkampfthema machen, da es Lösungen zur Finanzierung geben würde. Die Menschen, die heute schon Betroffene sind, brauchen jetzt eine Lösung. Für mich würde das heißen, dass ab 2014 alle von Armut betroffenen Menschen eine Mindestrente von 750 € bekommen könnten. Diese 750 € sind völlig ausreichend, um ein bescheidenes aber lohnendes Leben gelebt werden kann. Ich meine natürlich 750 € zum Leben mit den üblichen Sozialleistungen wie Wohngeld ect.

Zahlen

130 € Haushalt Lebensmittel 100 € Kleidung und Kosmetik 100 € Hobby 50 € Telefon und Internet 20 € Handy 100 € PKW Steuer ,Versicherung, Wertminderung 200 € Benzin bei einer Kilometerzahl von 20.000 km im Jahr 50 € essen gehen, Kino ect.

750 €

Nun werden viele sagen, man braucht kein Auto. Das mag für Großstädte auch so sein, aber für ländliche Orte ist es leider zwingend notwendig.

eingereicht mit Ticket #1019429 am 2012-09-13

Änderungsantrag Nr.
008-ZAo8

Beantragt von

Marisa

Beantragte Änderungen

Beim Punkt [Bildung](#) -> [Entlastungen an Schulen](#) -> [Unterstützung an Schulen durch nicht lehrendes Personal](#) wird der letzte Satz des ersten Absatz folgendermaßen ergänzt:

"Diese sollen nach freiem Ermessen der Schulleitung eingestellt werden können, wobei auf eine angemessene Entlohnung gemäß TVöD (Tarif des öffentlichen Dienstes) zu achten ist."

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung

Für das nicht-lehrende Personal ist eine faire Bezahlung nach Tarif sicherzustellen.

eingereicht mit Ticket #1020651 am 2012-10-19

ergänzt [RP:Antrag/2012.2-008-Bildung](#)

Änderungsantrag Nr.
008-ZAo3

Beantragt von

Rainer Rechner

Beantragte Änderungen

Der Punkt [Bildung](#) -> [Grundsätze](#) -> [Säkularisierung der Bildung](#) im Wahlprogramm wird um folgenden Absatz ergänzt:

"Im Rahmen des Ethikunterrichts sollen die Konzepte Religion und Glaube an exemplarischen Beispielen (Weltreligionen, Glaubensgemeinschaften, Philosophien) erläutert und ihr Stellenwert für unsere und andere Kulturen verdeutlicht werden. Der Religionsunterricht soll ergänzend auf spezielle Aspekte einer einzelnen Religion und Konfession eingehen. In beiden Fächern sollen verbindende Aspekte hervorgehoben und die Toleranz gegenüber trennenden Positionen gefördert werden."

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung

Im Zuge der gegenseitigen Religionsfeindlichkeiten, dem Aufbau neuer Feindbilder, ist es unerlässlich in puncto Aufklärung tätig zu werden. Alle Religionsinstitutionen nehmen für sich in Anspruch die absolute Wahrheit für sich gepachtet zu haben. Das trennt die Menschen. In einer Gesellschaft, in der viele Religionen aufeinander treffen, müssen wir einen gangbaren Weg finden, wie die Menschen unterschiedlichen Glaubens miteinander leben können, ohne sich andauernd misstrauisch zu beugen. Der einzige Weg dies zu bewerkstelligen, ist der Weg der Aufklärung. Ich sehe da die Schule in der Pflicht. Ein Unterricht, in dem die einzelnen Religionen erklärt und aufgezeigt werden, kann helfen die Unterschiede zu minimieren und die Gemeinsamkeiten herauszustellen. Das macht das Gemeinschaftsgefühl der Bevölkerung leichter und angenehmer. Vor allen Dingen entzieht es den Extremisten den Boden und bringt uns dem Frieden näher.

eingereicht mit Ticket #1020651 am 2012-10-19

ergänzt [RP:Antrag/2012.2-008-Bildung](#)

Änderungsantrag Nr.

027

Beantragt von
AG Bauen und Verkehr
Beantragte Änderungen

Die AG Bauen und Verkehr beantragt, dass die Piratenpartei Rheinland-Pfalz folgende Aussage in das Wahlprogramm aufnimmt:

Wir sind für den Ausbau der B10 zwischen Hinterweidenthal bis Landau, sofern ein effizienter und nach neusten Erkenntnissen angepasster Lärmschutz für die Bevölkerung mitgebaut wird und den Wildtieren in regelmäßigen Abständen eine Überquerung der B10 ermöglicht wird (Brücken). Dabei sind alle Baumaßnahmen schonend und Umweltgerecht durchzuführen.

Begründung

Das Bundesamt für Verkehr-, Bau-, und Stadtentwicklung gibt vor; dass wenn keine Einigung im Mediationsverfahren erzielt wird, dass diese Strecke nach Bundesvorgaben gebaut wird. Das heißt, dass beim Bau keine Rücksicht auf die Punkte der Gegenseite genommen wird. Der Ausbau der B 10 war ein Allparteienkonsens Im Bundeswegeplan ist die B 10 als Ausweichstrecke der A 6 zwischen Mannheim und Saarbrücken ausgewiesen Die Bedenken des Naturschutzes sind weitestgehend durch die bereits bestehende Trasse ausgelöst, d.h. die jetzige Trasse ist bereits eine Gefahr für alle Wildtiere. Die Anzahl der tödlichen und schweren Verkehrsunfälle wird sich deutlich reduzieren. Die Belastung der Umwelt durch Abgase wird niedriger und weniger. (Stauverkehr) Laut Bundesamt für Güterverkehr (BAG), wird sich der Transitverkehr auf der Bundesstraße 10 in den nächsten Jahren mehr als verdoppeln, daher ist ein Ausbau nahezu unvermeidlich.

eingereicht mit Ticket #1019171 am 2012-10-08

ergänzt möglicherweise [RP:Antrag/2012.2-018-Bauen und Verkehr](#)

Änderungsantrag Nr.

008-ZA05

Beantragt von
[Sebastian Degenhardt](#)
Beantragte Änderungen

Im Punkt [Bildung -> Erwachsenenbildung -> Berufliche Aus- und Weiterbildung](#) des Wahlprogramms wird als vorletzter Absatz eingefügt:

"Sobald möglich soll ein existenzsicherndes bedingungsloses Grundeinkommen, das auch die soziokulturelle Teilnahme sicherstellt, eine Teilnahme an sämtlichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen ermöglichen."

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung

Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine unserer wichtigsten Forderungen, da es den Menschen die Freiheit bieten wird, ihr Leben selbst zu planen und zu gestalten, ohne sich dem gesellschaftlichem Druck beugen zu müssen. Um diese Forderung zu bekräftigen, soll hier im Programm das BGE erwähnt werden, damit der Leser des Wahlprogramms einen der vielen Vorzüge des Modells kennenlernt.

eingereicht mit Ticket #1020651 am 2012-10-19

ergänzt [RP:Antrag/2012.2-008-Bildung](#)

Änderungsantrag Nr.

X07

Beantragt von
Ein Landespirat
Beantragte Änderungen

Der Landesparteitag möge beschließen: "Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand, die Aufstellung der Kandidaten-Landesliste Rheinland-Pfalz zur Bundestagswahl 2013 im ersten Halbjahr 2013 anzusetzen."

Begründung

Viele Piraten haben das Gefühl, dass eine Aufstellung von Kandidaten noch in 2012 verfrüht wäre.

In der Debatte wurden viele verschiedene Argumente angeführt, insbesondere, dass Kandidaten nicht vor Fertigstellung des Wahlprogramms aufgestellt werden sollten, da so weder für die wählenden Mitglieder noch für die Kandidaten selbst klar wäre, welches Programm überhaupt zu vertreten sei. Außerdem wird einem Parteitag 2013 ein höheres öffentliches und mediales Interesse zugesprochen. Auch müssen diesmal keine Unterstützerunterschriften mehr gesammelt werden, weshalb

dieses Argument für eine frühe Aufstellung entfällt. Der Bundesparteitag auf dem das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 beschlossen werden soll, findet erst im November 2012 statt.

Weitere Begründung erfolgt mündlich

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt [X07: Beauftragung des Landesvorstands Aufstellung für BTW13 im ersten Halbjahr 2013 anzusetzen](#)

Änderungsantrag Nr. 008-ZA11

Beantragt von

[Tikky, Pinae](#)

Beantragte Änderungen

Im Punkt [Bildung -> Grundsätze -> Bildung in Deutschland](#) des Wahlprogramms wird hinter dem Satz "Die Lernenden haben ein Anrecht auf 13 Schuljahre." der Satz "Die bestehende Schulpflicht von 12 Jahren bleibt davon unberührt." eingefügt.

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung

Die Schulpflicht ist wichtig um zu gewährleisten, dass Kinder das Bildungsangebot wahrnehmen. Eltern, die ihre Aufsichtspflicht diesbezüglich vernachlässigen, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Zuallererst ist jedoch immer zu untersuchen, warum ein Kind nicht in den Unterricht gehen will, um dann fallspezifisch zu entscheiden, wie man die Ursache dieser Probleme lösen kann. Schulpsychologen und Sozialarbeiter sind hierbei wichtige Vermittler.

eingereicht mit Ticket #1020651 am 2012-10-19

ergänzt [RP:Antrag/2012.2-008-Bildung](#)

Änderungsantrag Nr. 008-ZA17

Beantragt von

anonym

Beantragte Änderungen

Es wird beantragt, dass im Wahlprogramm der folgende Satz im Programmpunkt [Bildung -> Erwachsenenbildung -> Berufliche Aus- und Weiterbildung](#)

„Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz will den Ausbau des BAföG zur beruflichen Weiterbildung herbeiführen.“

vollständig durch den nachstehend Text ersetzt wird:

„Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz will die Einführung einer Beihilferegelung für Fort-/Aus- und Weiterbildungen für Lernende, zur Abschaffung von finanziellen Hürden herbeiführen.

Mittels Verifizierung von Instituten und Lernmodulen soll jedem Lernenden die Möglichkeit geschaffen werden, sich unabhängig von seinen finanziellen Möglichkeiten aus-/ fort- und weiterzubilden.

Für verifizierte Lernmodule bekommt der Lernende eine finanzielle Beihilfe. Die Höhe der Beihilfe wird so gestaltet, dass verifizierte Module zu 100% erstattet werden.

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz will auch den Ausbau des BAföG zur beruflichen Weiterbildung herbeiführen.“

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung

Zweifellos sind die Kosten für beispielsweise einen Meisterlehrgang, eine Fortbildung zum Handelsfachwirt etc. nicht unerheblich und stellen für viele Betroffene eine große Hürde zur Bildung dar.

Der Umstand, dass sich Menschen beispielsweise zu einer Laufbahn in einem handwerklichen Beruf entscheiden, kann in der Folge nicht zwingend die Bereitschaft der Betroffenen voraussetzen, neben dem sehr fordernden Einsatz an Zeit und Energie für ihren Vollzeitberuf und das erfolgreiche Bewältigen einer Fortbildung noch zusätzlich die Kosten für letztere in hohem Maße selbst zu tragen. Es ist daher geboten, dass Menschen die arbeiten in den Genuss von kostenloser Bildung kommen.

Wir fordern ein kostenfreies Studium. Ein Bachelorabsolvent zahlt ebenso keine Studiengebühren wie der Student, der sich auch noch für einen weiterbildenden Master entscheidet.

Die Ausbildung und die Weiterbildung bspw. vom Gesellen zum Meister sollte für den Lernenden ebenso kostenfrei sein.

Die Erstattung der Kurskosten durch Beihilfe würde dazu führen, dass sich Menschen eine Weiterbildung unabhängig von Ihren Finanzen leisten könnten. Ein Meister bspw. wird meist neben einer Anstellung erworben und es hat sicher gute Gründe, dass das so ist. Der Lernende muss evtl. sich selbst und ggf. Angehörige versorgen, das darf jedoch nicht zum Nachteil werden.

Die zu tragenden Kosten für eine Weiterbildung sollten nicht bestimmen wer sich weiterbildet.

Für eine Beihilfe wäre es nur notwendig die vorhandenen Lehrgänge und Institute zu verifizieren und mittels den bekannten Kostenangeboten einen gewogenen Durchschnitt zu ermitteln, der die Höchstgrenze der Beihilfe beziffert. Dies kann durch das Kultusministerium erledigt und fortgeschrieben werden pro Beruf/Ausbildungen/Weiterbildung.

Jede Maßnahme wird anhand der bisherigen Kosten, die bei der Verifizierung zu Ermitteln sind, durch eine Höchstgrenze an Beihilfe gedeckelt. So soll vermieden werden, dass windige Anbieter später angebliche Luxusausbildungen anbieten, die jeden Rahmen an Kostenübernahme sprengen würden.

Zunächst sollten alle bekannten Ausbildungsgänge jeweils mit Ihren Förderungsbeträgen als Beihilfe gesetzt werden. Und entsprechend zukünftiger Entwicklungen (neue Wege sollten ausprobiert und gefördert werden) ist die Verifizierung fortzuschreiben.

Die Erstattung (entsprechend den Modulen) könnte über das Finanzamt erfolgen, indem der Lernende den Nachweis der rechtlich verbindlichen Anmeldung für das entsprechende Modul belegt und direkt an das Institut seitens der Behörde gezahlt würde.

Die Beihilfe ist zu zahlen, wenn Kurs und Institut der Verifizierung entsprechen.

Ziel des Bafög ist es ja im Kern, das Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation eine Ausbildung absolvieren und den Lebensunterhalt so gesichert bekommen, daher ist es kein Widerspruch zum Beihilfemodell und eine sinnvolle Ergänzung.

eingereicht mit Ticket #1019805 am 2012-10-16

ergänzt [RP:Antrag/2012.2-008-Bildung](#)

Änderungsantrag Nr. 008

Beantragt von

[Sebastian Degenhardt](#) und [Pinae](#) für die [AG Bildung RLP](#)

Beantragte Änderungen

Es wird beantragt, dass der bestehende Abschnitt "Bildung" im Wahlprogramm vollständig durch den nachstehend verlinkten Text (ohne Modulnummern, nur gegliedert durch die jeweiligen Überschriften) ersetzt wird.

[Basiskonzept der AG Bildung RLP](#)

Begründung

Die AG-Bildung hat Strukturierung und Formulierung des Bildungsteils des Wahlprogramms überarbeitet und um die Punkte erweitert, die innerhalb der AG-Bildung Konsens waren. Dieser Antrag ersetzt den gesamten Abschnitt "Bildung" im Wahlprogramm, ist inhaltlich aber eine Erweiterung. Die Inhalte des in Rheinland-Pfalz seit einem Jahr entwickelten "Oktoberkonzept" wurden eingearbeitet und überarbeitet. Alle strittigen Punkte wurden in ergänzende Anträge ausgelagert (finden sich mit der Bezeichnung SOA-008-ZA in der Antragsfabrik), die vom Parteitag erst nach Annahme dieses Basiskonzepts abgestimmt werden können, da sie sich in der Strukturierung bereits auf diesen Antrag beziehen.

eingereicht mit Ticket #1019318 am 2012-09-24

Änderungsantrag Nr. X09

Beantragt von

Beantragte Änderungen

Der Landesparteitag möge beschließen, dass für eine Landesgeschäftsstelle Rheinland-Pfalz ein jährliches Budget von 6000 Euro für Mietkosten, Nebenkosten und Betriebskosten zur Verfügung gestellt wird. Darüber hinaus soll einmalig ein zusätzliches Budget von 5000 Euro zur Verfügung gestellt werden, z.B. für Maklerkosten, Einrichtungskosten und sonstige variable Kosten.

Begründung

Ohne Budget wird es keine Landesgeschäftsstelle geben und alles bleibt, wie es ist. Für eine LGS muss die Finanzierung gesichert sein und dies soll mit diesem Antrag beschlossen werden. [Bearbeiten]

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt [X09: Budget Landesgeschäftsstelle Rheinland-Pfalz](#)

Änderungsantrag Nr.

025

Beantragt von
anonym
Beantragte Änderungen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der nächste Landesparteitag der Piraten RLP wird als dezentraler Parteitag ausgeschrieben.

Begründung

Der dezentrale Parteitag in Trier wurde erfolgreich abgeschlossen. Um weitere technische Erfahrungen zu sammeln und Rechtssicherheit durch einen Schiedsgerichtsurteil zu erwirken, sollten wir die Testung dezentraler Parteitage auf Landesebene heben. Dezentrale Parteitage können basisdemokratische Teilhabe über große Distanz ermöglichen und senken die Kosten für die einzelnen Teilnehmer, die durch die Teilnahme an Parteitagen entstehen.

eingereicht mit Ticket #1019893 am 2012-10-16

Änderungsantrag Nr.

008-ZAo7

Beantragt von
Sebastian Degenhardt
Beantragte Änderungen

- Der Punkt [Bildung](#) -> [Grundsätze](#) des Wahlprogramms wird am Ende folgendermaßen ergänzt.

"Ein Ziel bei dieser Reform ist die Dezentralisierung des Lernens durch E-Learning (Onlinevorlesungen, Dokumentationen, Lernprogramme, Online-Lernplattformen etc.)."

- Außerdem ist als eigenständiger Punkt hinter dem Punkt [Bildung](#) -> [Linzzenzfreies Unterrichtsmaterial](#) einzufügen:

"E-Learning

E-Learning ermöglicht das dezentrale Vermitteln von Lerninhalten per Computer. Von Zuhause aus kann man Vorlesungen verfolgen, Lernprogramme anwenden und medial aufbereitete Dokumentationen und Lehrvideos ansehen, wodurch die physische Anwesenheit in Klassen- und Hörsaal weitgehend obsolet wird. Dies kommt zum einen dem persönlichen Lernrhythmus zugute, der nicht bei jedem mit den Unterrichts-/Vorlesungszeiten übereinstimmt. Zum anderen entlastet man somit überfüllte Universitäten und Schulgebäude. Derzeit wird E-Learning bereits erfolgreich im Rahmen von Fernuniversitäten angewendet. Unser Ziel ist eine Ausweitung auf alle Bildungsangebote ab der Mittelstufe als Ergänzung zum herkömmlichen Lehrbetrieb. Dabei soll der Anteil des E-Learning-Angebots allmählich bis zur Oberstufe gesteigert werden. Eine qualifizierte Lernbegleitung ist sicherzustellen und die Förderung der Selbstlernkompetenzen der Lernenden sollten hierbei im Vordergrund stehen."

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung

siehe Antrag

eingereicht mit Ticket #1020651 am 2012-10-19

ergänzt [RP:Antrag/2012.2-008-Bildung](#)

Änderungsantrag Nr.

028

Beantragt von
micramouse
Beantragte Änderungen

Antrag auf Änderung des Wahlprogramms:

Am Nürburgring wurden immense Summen in den Bau eines Freizeitparks investiert, um Arbeitsplätze in einer strukturschwachen Region zu schaffen. Bevor diese Investitionen vernichtet und weitere Kosten getragen werden müssen, fordern wir in einem transparenten Verfahren mit umfassender Beteiligung der Bevölkerung zu prüfen, ob eine Nutzungsänderung zum Erreichen des Ursprungsziels führen kann.

Ein Freizeitpark kann nur dann wirtschaftlichen Erfolg erzielen, wenn die angebotene Leistung mit den Bedürfnissen der Kunden zusammentrifft. Die bereits erstellten Objekte könnten als öffentliche Poker-Erlebniswelt in Erbpacht vergeben werden, um eine Gemeinschaftsrendite zu erwirtschaften und eine freie Entfaltung dieses Lebensstils zu ermöglichen.

Begründung

Der Nürburgring selbst gehört mit seinen Motorsporteinrichtungen zum kulturellen Erbe von Rheinland-Pfalz, auch wenn der Motorsport im Widerspruch zu einer nachhaltigen Energiepolitik steht. Auch wenn wir die Gefahr einer Spielsucht anerkennen, halten wir das Pokerverbot in Rheinland-Pfalz für ungerechtfertigt und haben die Abschaffung dieses Gesetzes bereits während der Landtagswahl 2009 gefordert.

eingereicht mit Ticket #1020898 am 2012-10-23

Änderungsantrag Nr.

024

Beantragt von

anonym

Beantragte Änderungen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zur Kommunikation und Mediation zwischen Schiedsgericht, Basis und Vorstand wird ein Beschwerdeausschuss eingerichtet. Dieser Beschwerdeausschuss umfasst drei Mitglieder und ihre Stellvertreter.

Der Vorstand, das Schiedsgericht und die Basis wählen hierbei jeweils ein Mitglied und einen Stellvertreter in den Beschwerdeausschuss. Die durch Vorstand, Schiedsgericht und Basisgewählten Vertreter, dürfen weder dem Vorstand noch dem Schiedsgericht angehören.

•Aufgaben:*

Der Beschwerdeausschuss versucht internen und externen Schaden zu begrenzen. Der Beschwerdeausschuss behandelt die ihm gegebenen Daten vertraulich und handelt im Sinne der Interessensgruppen, die er im einzelnen Vertritt.

Der Beschwerdeausschuss soll Streit schlichten und in kritischen Situationen beratend und moderierend zur Seite stehen.

Begründung

Der Beschwerdeausschuss ist satzungsmäßig verankert und wurde bisher nicht seitens des Vorstandes eingerichtet. Die aktuellen Geschehnisse in der Piratenpartei zeigen recht deutlich, dass es schnell passieren kann, dass Schlichtungsbedarf entsteht. Um unsere Schiedsgerichte zu schonen und Missverständnisse zügig auszuräumen bevor sie öffentlichkeitswirksam den Ruf der Partei schädigen, soll der Beschwerdeausschuss in schwierigen Fällen zwischen den einzelnen Parteien schlichten.

Der Beschwerdeausschuss erarbeitet in diesem Zusammenhang eine GO für seine Arbeit und lässt diese beim nächsten LPT bestätigen.

eingereicht mit Ticket #1019893 am 2012-10-16

konkurrierend zu [RP:Antrag/2012.2-011-Streichung des Beschwerdeausschusses](#)

Änderungsantrag Nr.

P18

Beantragt von

[StopSecret](#) stellvertretend für gemeinsame Ausarbeitung im pad

Beantragte Änderungen

Der Landesparteitag möge beschließen, als Ergänzung zum Wahlprogramm an geeigneter Stelle folgendes einzufügen (Die Stelle ist bei Antragsstellung zu benennen!):

Die Rheinland-Pfälzer PIRATEN setzen sich für den Erhalt der Gewerbesteuer ein. Diese Steuer ist das einzige kommunale Instrument, welches in direkter Bürgernähe selbstständig von den Kommunen zur Steuerung lokaler Interessen der Bürger eingesetzt werden kann.

Die Wechselwirkungsmöglichkeiten zwischen kommunalem Gewerbesteuersatz, Bürgerinteressen vor Ort und der freien Entscheidungsmöglichkeit von Firmen zur Standortwahl erweisen sich als guter Ansatz des demokratischen Gedankens.

Begründung

Eine vereinheitlichte Gewerbesteuer bedeutet zwangsläufig die Gewerbeansiedlung in infrastrukturstarken Ballungszentren. Eine Konkurrenzsituation kann durchaus sinnvoll sein im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft. Den Kommunen bleibt ein Spielraum zur eigenen Gestaltung kommunaler Bedürfnisse und Einnahmen. Dieses wollen wir hiermit zum Ausdruck bringen.

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt [P18: Erhalt der Gewerbesteuer wie bisher](#)

Konkurriert mit [RP:Antrag/2012.1-P20-Gewerbesteuer am Ort der Mehrwertschaffung](#)
und [RP:Antrag/2012.1-P27-Vereinheitlichung der Gewerbesteuer](#)

Änderungsantrag Nr.
008-ZA16

Beantragt von

[Pinae](#)

Beantragte Änderungen

Im Wahlprogramm wird der Punkt [Bildung -> Bildungssystem -> Vorschulische Bildung -> Schwerpunkte](#) um folgenden Absatz ergänzt:

"Im Sinne einer Qualitätssteigerung in der frühkindlichen Bildung wollen wir die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen für Erzieher erreichen, damit diese den stetig wachsenden Anforderungen nachkommen können.

Für die Träger der Einrichtungen sollen Anreize geschaffen werden die Mitarbeiter mindestens einmal jährlich mit Fortbildungen weiter zu qualifizieren.

Gleichzeitig sollen qualifizierende Studiengänge mit der speziellen Zielsetzung frühkindlichen Bildung entwickelt und angeboten werden. Diese sind sowohl als Vollzeit- als auch als Teilzeitstudium zu entwickeln.

Für interessierte Mitarbeiter soll eine berufsbegleitende Teilnahme an qualifizierenden Studiengängen ermöglicht werden."

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung

Es geht nicht darum Erzieher arbeitslos zu machen, vor allem, weil es momentan ohnehin schwierig ist, die offenen Stellen zu besetzen. Auf lange Sicht ist es aber sinnvoll, das Niveau der frühkindlichen Bildung durch einen Erzieher-Studiengang anzuheben. Die dadurch entstehenden Mehrkosten sollten wir in Kauf nehmen, da in frühen Jahren ganz entscheidende Entwicklungsschritte der Kinder so kompetent wie möglich begleitet werden sollten. Selbstverständlich würden über eine lange Übergangszeit sowohl ausgebildete als auch studierte Erzieher zusammenarbeiten.

eingereicht mit Ticket #1020651 am 2012-10-19

ergänzt [RP:Antrag/2012.2-008-Bildung](#)

Änderungsantrag Nr.
Xo6

Beantragt von

[ProhtMeyhet](#)

Beantragte Änderungen

Die Feststellung ob ein Pirat von der Regelung der "finanziellern Härte" nach §5 der Bundesfinanzordnung betroffen ist, trifft der Pirat selber. Somit ist lediglich jährlich ein formloser Antrag an die zuständige Gliederung erforderlich, welche diese nur Begründet abweisen kann. Gegen die Abweisung ist eine Klage vor dem Landesschiedsgericht zulässig.

Begründung

Leider treffen mit den Anträgen auf Beitragsminderungen neben Nachweisen von Schulen bzw. Hochschulen auch Nachweise über Renten, Hartz4 und Behindertenausweise ein. Ich kann weder als Schatzmeister noch als Mensch diesen Datenstriptease - auch wenn "nur" gegenüber Verwaltungspiraten - gutheißen. Im Gegenteil, der Mensch in mir weigert sich viel zu oft den eingereichten Beleg überhaupt anzusehen oder gar zu Prüfen.

Ich werde dies auch in dieser Art in meinem Rechenschaftsbericht erwähnen und bin auf die Entsprechende Kritik gefasst - ändern wird sich meine Meinung dadurch nicht.

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt [Xo6: Feststellung der finanziellen Härte bei Beitragsermäßigungen](#)

Änderungsantrag Nr.
P19

Beantragt von

[StopSecret](#) stellvertretend für gemeinsame Ausarbeitung im pad

Beantragte Änderungen

Der Antrag wurde auf dem LPT 2012.1 nicht behandelt.

Es wird beantragt, folgenden Text in das Wahlprogramm aufzunehmen, wobei die Stelle bei Antragstellung zu nennen ist:

Die Piraten wollen sich dafür einsetzen, die Verbote von echten Floh-, Antik- und Trödelmärkten an Sonntagen aufzuheben.

Begründung

Für die Besucher stellen sie familien- zusammenführende Tradition dar. Es ist offensichtlich Lobbyismus, wenn der Holiday Park am Sonntag geöffnet sein darf, aber der Trödelhändler seinen Ramsch aus Rücksicht auf die 10 Gebote nicht feilbieten darf. Das jetzige Verbot betrifft die überwiegend mit Neuwaren bestückten Märkte, die unter falschen Namen betrieben werden. Zeitungsartikel sind mit Vorsicht zu werten, weil hinter diesen Märkten erhebliche wirtschaftliche Interessen stehen und große Anzeigenkunden.

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt [P19: Floh- und Trödelmärkte an Sonntagen](#)

Änderungsantrag Nr.

035

Beantragt von

Ein Landespirat

Beantragte Änderungen

Der Landesparteitag möge beschließen: "An geeigneter Stelle im Kapitel "Bildung" des Wahlprogramms (wenn unser Basiskonzept angenommen wird im Abschnitt "Bildungssystem", ansonsten unter dem bisherigen Punkt 7.7 "Vielfalt der Bildung" im Wahlprogramm o.Ä.) wird folgender Abschnitt mit der Überschrift "Freies, selbstbestimmtes Lernen gewährleisten" eingefügt:

"Jeder Mensch hat das Recht auf freien und selbstbestimmten Zugang zu Wissen und Bildung. Derzeit können junge Menschen in Deutschland jedoch nicht frei wählen, wo, wann in welchem Umfang und unter welchen Umständen sie lernen und sich bilden wollen. Durch die allgemeine Schulpflicht werden sie gezwungen, täglich eine bestimmte Institution zu besuchen. Ihr Recht auf freien und selbstbestimmten Zugang zu Wissen und Bildung ist somit nicht gewährleistet. Alternative Wege der Bildungs- und Wissensaneignung werden eingeschränkt.

In der Folge kommt es zu unverhältnismäßigen Zwangsmaßnahmen gegen junge Menschen, die alternative Bildungswege beschreiten wollen, und deren Erziehungsberechtigte wie z.B. die zwangweise Zuführung zum Unterricht oder Geldbußen. Solche Maßnahmen sind unfreiheitlich und der Lernmotivation nicht zu-, sondern im Gegenteil abträglich. Mit der Schulpflicht werden auch immer neue Kontrollmechanismen gegen junge Menschen begründet wie z.B. das "elektronische Klassenbuch" oder die "Schüler-ID", die wir ablehnen.

Die Piratenpartei will das Recht auf freies, selbstbestimmtes Lernen gewährleisten und setzt sich daher für die Umwandlung der allgemeinen Schulpflicht in das Recht auf freien und selbstbestimmten Zugang zu Bildung und Wissen ein. Menschen sollen die Freiheit erhalten, sich alternativ zum regulären Schulbetrieb selbstorganisiert zu bilden. Jeder Schule soll das Recht eingeräumt werden, Lernende, die nicht am regulären Schulbetrieb teilnehmen wollen, aufzunehmen, zu beraten und zu betreuen. Die auf diese Weise aufgenommenen Lernenden sind bei der öffentlichen Finanzierung der Schule zu berücksichtigen.

Uns ist bewusst, dass die derzeitigen Regelungen junge Menschen auch vor Isolation und Indoktrination schützen können. Die verdachtsunabhängige Einschränkung von Grundrechten aller Menschen ist hierzu jedoch kein angemessenes Mittel. Es gilt im Gegenteil, die Rechte junger Menschen zu stärken. Das Recht auf freien und selbstbestimmten Zugang zu Bildung und Wissen ist daher ein Anspruch nicht nur gegenüber dem Staat, sondern auch gegenüber den Erziehungsberechtigten.

Die Piratenpartei schätzt die Vorteile eines öffentlichen Schulsystems und sieht viele Vorzüge darin, dass junge Menschen gemeinsam eine Schule besuchen. Wir wollen daher das Bildungssystem und öffentliche Schulen so attraktiv wie möglich gestalten, so dass sie von den Lernenden gerne und auch ohne den Zwang durch eine Schulpflicht besucht werden und sie daran auch nicht gehindert werden. Wir sind überzeugt davon, dass auch ohne Schulpflicht nahezu alle Lernenden eine Schule besuchen werden." "

Begründung

Jeder Mensch hat das Recht auf freien und selbstbestimmten Zugang zu Wissen und Bildung. Doch dieses Recht ist in Deutschland sehr eingeschränkt. Wo, wann in welchem Umfang und unter welchen Umständen junge Menschen lernen und sich bilden können, ist starr festgelegt. Die allgemeine Schulpflicht und der damit verbundene Zwang widersprechen unserer Position, dass jeder Mensch das Recht auf freien und selbstbestimmten Zugang zu Wissen und Bildung hat. Der Antrag stellt daher klar, dass die Piratenpartei dieses Recht gewährleisten will.

eingereicht mit Ticket #1020447 am 2012-10-18

ergänzt [RP:Antrag/2012.2-008-Bildung](#)

Änderungsantrag Nr.
P20

Beantragt von

[StopSecret](#) stellvertretend für gemeinsame Ausarbeitung im pad

Beantragte Änderungen

Der Antrag wurde auf dem LPT 2012.1 nicht behandelt.

Es wird beantragt, folgenden Text in das Wahlprogramm aufzunehmen, wobei die Stelle bei Antragstellung zu nennen ist:

Die Gewerbesteuer soll künftig für alle Unternehmen mit Sitz in RLP zu 100% immer dort anfallen, wo der "Mehrwert" erschaffen wird und nicht mehr dort, wo der Stammsitz des Mutterkonzerns gemeldet ist.

Begründung

Keine Steuerverluste mehr durch ausländische Firmenübernahmen (Bsp. Opel/GM) Windkraftanlagen erwirtschaften Ihre Erträge da, wo der Wind weht und die Anwohner den Anblick ertragen müssen und nicht da, wo die Investoren und die Betreibergesellschaft im Grünen sitzen.

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt [P20: Gewerbesteuer am Ort der Mehrwertschaffung](#)

Konkurriert mit [RP:Antrag/2012.1-P18-Erhalt der Gewerbesteuer wie bisher](#)
und [RP:Antrag/2012.1-P27-Vereinheitlichung der Gewerbesteuer](#)

Änderungsantrag Nr.
P22

Beantragt von

[StopSecret](#) stellvertretend für gemeinsame Ausarbeitung im pad

Beantragte Änderungen

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm einzufügen, wobei die Stelle bei Antragstellung zu nennen ist:

Die Piraten möchten die Kommunikation zwischen Bürgern ausländischer und inländischer Herkunft stärken. Kommunikation ist ein wesentlicher Bestandteil von Integration, die durch eine Verbesserung des Miteinanders und den Abbau von Schwellen erreicht werden kann.

Gerade Begegnungsmöglichkeiten mit fremden Kulturen helfen, Barrieren und Berührungängste abzubauen. Gesellige und informative Veranstaltungen mit dem wechselnden Schwerpunkt auf jeweils eine Kultur wollen die PIRATEN fördern.

Der Besuch einer öffentlichen Einrichtung zur Kinderbetreuung verbessert die Sprachfertigkeit bei vielen Kindern deutlich, so dass sie auch im Sinne der Integrationsförderung eine Schlüsselstellung einnimmt. Wir werden darauf hinwirken, dass diese Angebote von möglichst vielen Kindern mit Migrationshintergrund genutzt werden können.

Die Beherrschung der Landessprache ist einer der wichtigsten Integrationsfaktoren. Um die Chancengleichheit für Kinder sicherzustellen, soll mit genügend Vorlaufzeit zur Einschulung eine Begutachtung u.a. der Sprachfähigkeiten aller Vorschulkinder durchgeführt werden. Bei Bedarf sollen verpflichtende kostenlose Fördermaßnahmen dafür sorgen, dass bei regulärer Einschulung alle einen Mindeststandard haben.

Begründung

Die Piraten begrüßen eine multikulturelle Gesellschaft und die Gleichstellung aller Bewohner unseres Landes. Die bisherigen Methoden Menschen unterschiedlicher Herkunft in unsere Gesellschaft zu integrieren können optimiert werden. Sprachkurse wurden durchgeführt, ohne dass eine wirkliche Integration geschieht. Kommunikation ist die Grundlage für Verständnis. Verständnis ist die Basis für Miteinander. Die Eltern der ausländischen Kinder sollen stärker eingebunden werden, wobei aktiv versucht werden soll, diese zu entsprechenden Veranstaltungen zu bewegen. Sehr viele ausländische Elternteile die der deutschen Sprache nicht sehr gut "mächtig" sind, nehmen schon allein aus Angst vor Verständigungsproblemen nicht an solchen Veranstaltungen teil.

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt: [P22: Integration und Chancengleichheit](#)

Änderungsantrag Nr.
008-ZA06

Beantragt von

[Sebastian Degenhardt](#)

Beantragte Änderungen

Dem Punkt [Bildung -> Entlastungen an Schulen](#) im Wahlprogramm ist als weiterer Unterpunkt hinzuzufügen:

Kleinere Schulklassen und Kita-Gruppen

Durch den demographischen Wandel sinkt die Anzahl von Kindergartenkindern und Schülern. Dies darf nicht zum Anlass genommen werden, Lehrer und Erzieher aus Kostengründen zu entlassen. Vielmehr sollen die freiwerdenden Kapazitäten dazu genutzt werden, um die Gruppengrößen in Kindergärten/Kindertagesstätten und Schulen zu reduzieren, sodass eine individuellere Förderung möglich ist.

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung

Große Gruppen in Schulen und Kitas sind für alle Beteiligten mit hohem Stress verbunden und verhindern eine effektive individuelle Förderung.

eingereicht mit Ticket #1020651 am 2012-10-19

ergänzt [RP:Antrag/2012.2-008-Bildung](#)

Änderungsantrag Nr.

036

Beantragt von

[Jürgen Grothof](#)

Beantragte Änderungen

hiermit beantrage ich folgenden sonstigen Antrag für den LPT Hermeskeil aufzunehmen.

LQFB als Testlauf ohne Delegationen. Der Landesparteitag möge den Vorstand des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der Piratenpartei beauftragen, in der Piratenpartei Rheinland-Pfalz eine Liquid-Feedback (LQFB) Version für einen Zeitraum für 12 Monate einzuführen. Aus der LQFB Oberfläche müssen die Möglichkeiten zu Delegationen entfernt werden. Für den begrenzten Testzeitraum kann diese Version eingesetzt werden, um Meinungsbilder für Landes- und regionale Positionsfindungen zu erstellen. Nach oder während der 12 monatigen Testphase muss ein erneuter LPT-Beschluss erfolgen um LQFB weiter betreiben zu dürfen. In diesen Beschluss sollten dann die durch die Erfahrungen gemachten Änderungen einfließen. Der Landesparteitag möge den Vorstand des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der Piratenpartei beauftragen, die dazu notwendigen Schritte durchzuführen.

Begründung

Sowohl im Bund als auch in anderen Bundesländern werden LQFB Versionen für die verschiedensten Meinungsfindungen der Piraten eingesetzt. In keinem Bundesland gibt es bisher eine Version ohne Delegationen. RLP hätte daher die Möglichkeit diese auszuprobieren und die Erfahrungen auch im Bund einfließen zu lassen. Es würde so das Pro und Contra der Delegationen nicht nur auf der Diskussionsebene geführt, sondern es könnte ein realistischer Vergleich mit anderen Landesverbänden erfolgen. Wir sollten nicht auf ein anderes Tool ausweichen, da angeblich LQFB schon mit anderen Programmen in der Bundes IT verknüpft worden ist. Ebenso liegen Datenschutzerklärung für den LQFB Betrieb vor, somit könnten wir auch darauf verweisen. Dies gilt ebenso für Regelwerke und Nutzungsbedingungen, bei denen nur die fehlende Delegation angepasst werden müssten. Ein Ausweichen auf ein anders Tool würde einen direkten Vergleich z.B. bei der Akzeptanz erschweren. Bei Zustimmung dieses Antrages haben sich Piraten des Landesverbandes RLP bereit erklärt die Möglichkeit der Delegationen aus LQFB zu entfernen.

eingereicht mit Ticket #1021182 am 2012-10-25

konkurriert mit [RP:Antrag/2012.2-021-Transparente_Demokratiestatt_Liquid_Feedback](#)

ergänzt teilweise [RP:Antrag/2012.2-030-Meinungsbildungstool](#)

Änderungsantrag Nr.

X03

Beantragt von

[Vincent Thenhart](#)

Beantragte Änderungen

Es wird beschlossen, dass der Beschluss "Einrichtung einer Landesgeschäftsstelle und eines Piratenbüros" getroffen vom Landesparteitag am 29.11.2009 aufgehoben wird. Des Weiteren wird beschlossen, dass der Landesvorstand mit der Einrichtung einer Landesgeschäftsstelle beauftragt wird, diese soll für ganz Rheinland-Pfalz ausgeschrieben werden.

Begründung

Einrichtung einer Geschäftsstelle

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz wächst erfreulicherweise immer weiter, bereits jetzt sind mehr als 800 Piraten im Landesverband. Um unsere Arbeit zu professionalisieren, benötigen wir daher dringend eine Landesgeschäftsstelle. In einer Landesgeschäftsstelle könnten viele Aufgaben, die aktuell vom Landesvorstand erledigt werden müssen, in dessen Auftrag abgearbeitet werden. Dazu zählen z. B. die Mitgliederverwaltung, die Erstellung von Landes-Newslettern, das Versenden von Mitgliederpost und Infopaketen, die Kommunikation mit anderen Landesverbänden und dem Bundesvorstand, die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Koordination

von Projekten und Aktionen. Auch die Koordination der einzelnen Kreisverbände wird eine stärkere Bedeutung bekommen. Landesarbeitsgruppen benötigen Tagungsräume und im Wahlkampf brauchen wir Arbeits- und Lagermöglichkeiten. Der Landesparteitag beschließt daher die Einrichtung einer Landesgeschäftsstelle.

Finanzierung & Beauftragung

Der Landesparteitag beauftragt daher den Landesvorstand mit der Suche nach einer geeigneten Räumlichkeit für eine Landesgeschäftsstelle. Der Landesvorstand bestimmt eine maximale Obergrenze zur Finanzierung der Landesgeschäftsstelle.

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt: [X03: Landesgeschäftsstelle](#)

Änderungsantrag Nr. 008-ZA01

Beantragt von
[Sebastian Degenhardt](#)

Beantragte Änderungen

Der Punkt [Bildung](#) -> [Bildungssystem](#) -> [Weiterführende Schule](#) des Wahlprogramms wird am Ende des ersten Absatzes folgendermaßen ergänzt:

"Langfristig soll die Gesamtschule auch das Gymnasium ersetzen. Die Qualität des Abiturs ist derzeit schon vergleichbar. Durch das Kurssystem wird eine Über- oder Unterforderung der Schüler vermieden und eine gleichbleibende Qualität sichergestellt, ohne dass ein vielgliedriges Schulsystem nötig wäre."

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung

Bisherige Versuche eine Gesamtschule als Regelschule zu etablieren, scheiterten in der Vergangenheit meist an der Skepsis der Eltern. Es wird befürchtet, dass starke Kinder von schwachen Kindern gebremst und somit das Leistungsniveau der Klasse nach unten gezogen wird. Da wir jedoch eine Gesamtschule fordern, in der drei verschiedene Schwierigkeitsstufen für jedes Fach separat angeboten werden, sind diese Bedenken unbegründet.

Jedes Kind hat unterschiedliche Begabungen. In manchen Fächern muss es gefördert, in anderen kann es gefordert werden. Das mehrgliedrige Schulsystem wird diesen Anforderungen schlichtweg nicht gerecht.

eingereicht mit Ticket #1020651 am 2012-10-19

ergänzt [RP:Antrag/2012.2-008-Bildung](#)

Änderungsantrag Nr. 034

Beantragt von
[Paolo](#) + [Hans Joachim Schultz](#)

Beantragte Änderungen

Sonstiger Antrag zum LPT der Piratenpartei RLP 2012.2 am 4. November in Hermeskeil

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz schlägt eine Volksabstimmung vor,
ob die Motorsporteinrichtungen, kurz Rennstrecken genannt,
am Nürburgring

a) im Besitz des Landes verbleiben. Sie werden schuldenfrei gestellt. Ein gemeinnütziger Verein betreibt sie.

Oder ob

b) der Nürburgring gänzlich, das heißt NICHT zwingend im Ganzen, veräußert werden soll?

Die Piratenpartei lehnt das interne Insolvenzverfahren ab.

Sie geht davon aus, dass wieder Etwas intransparent verschoben wird.

Jegliche Veräußerung muss offen und transparent als Auktion erfolgen.

Veredigte Auktionatoren stehen genügend in öffentlichen Diensten.

Eine teure Drittvergabe ist nicht notwendig.

Die Piraten helfen kostenlos bei der internationalen Bekanntmachung der Auktion.

Im Rahmen des so genannten Projekts „Nürburgring 2009“ wurden Hotels, Feriendörfer und Diskotheken errichtet.

Diese sportfremden Wirtschaftsaktivitäten müssen auf jeden Fall verwertet werden.

Sie müssen von einander in einzelne Objekte getrennt und einzeln im Rahmen transparenter Verfahren ausgeschrieben werden.

Bieter werden automatisch vom weiteren Verfahren ausgeschlossen, wenn sie ein Objekt erworben haben.

Die einzige Ausnahme ist, wenn ein Bieter für Alles mehr bietet als alle Einzelgebote zusammen.

Ein Objekt, das nicht für mindestens 1 € verkauft werden kann, wird abgerissen.

Stellflächen für Fahrzeuge haben am Nürburgring immer einen Wert über Null.

Der RingRacer muss abgerissen werden. Es kommen niemals genügend Gäste, um ihn wirtschaftlich zu betreiben. Aber die verwendeten Materialien bringen einen hohen Preis beim Recyclen und der Abbau kostet wenig.

Begründung

Die Europäische Union fördert auch den Motorsport nach Art. 165 AEUV sowie ihrem eigenen Weißbuch.
Die Rückbesinnung auf den Sport sowie ein diskriminierungsfreier Zugang zu den Rennstrecken können wieder zu einer beihilferechtlichen Privilegierung führen.
Eine Verpachtung des Gesamtkomplexes an private Betreiber, die Gewinne erzielen wollen, steht dieser Lösung im Weg.
Eine öffentlich-rechtliche Gesellschaft ohne Schulden muss lediglich kostendeckend arbeiten und fördert die strukturschwache Region Eifel.
Ein solches Nutzungskonzept hilft wirtschaftlich vielen kleinen mittelständischen Betrieben vor Ort.
Die Piraten wollen an die lange Tradition des Nürburgrings anknüpfen.
Ein Vorgehen wie hier zeigt der Europäischen Kommission deutlich:
Wettbewerbsverzerrungen sind in Zukunft ausgeschlossen

Mit einem solchen Antrag beweisen wir als Piratenpartei, dass wir Probleme lösen und nicht nur aufzeigen können.

eingereicht mit Ticket #1020453 am 2012-10-18

Änderungsantrag Nr.

030

Beantragt von

[HeptaSean](#) (erarbeitet in der AG Meinungsfindung)

Beantragte Änderungen

Wir Piraten wollen jedem Parteimitglied die gleichen Möglichkeiten bieten, an der parteiinternen Willensbildung mitzuwirken. Uns ist bewusst, dass dafür neben bestehenden Strukturen wie Parteitag und Arbeitsgruppen der Einsatz von Onlinetools notwendig ist. Meinungsbilder in diesen Onlinetools stellen keine offiziellen Beschlüsse oder Meinungen der Partei dar, sondern dienen der parteiinternen Meinungsbildung.

Option 1: Adhocracy

Daher fordert der Landesparteitag den Landesvorstand dazu auf, die nötigen Schritte zu unternehmen, um jedem Landespiraten den Zugang zu einer Landes-Instanz des Antragsausarbeitungs- und Meinungsbild-Tools Adhocracy zu ermöglichen.

Option 1a: Adhocracy ohne Delegation Innerhalb dieser Landes-Instanz von Adhocracy soll die Delegationsfunktion generell deaktiviert werden.

Option 2: DisQussion

Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand dazu auf, so schnell wie die Entwicklung dies ermöglicht, das Diskussionstool DisQussion für alle Piraten im Landesverband zur Verfügung zu stellen. Der Landesvorstand stellt sicher, dass alle Piraten über die Möglichkeit, sich am Meinungsbildungsprozess innerhalb des Tools zu beteiligen, informiert werden.

Option 3: LimeSurvey für Meinungsbilder

Ergänzend zur Diskussion beauftragt der Landesparteitag den Landesvorstand, eine LimeSurvey-Instanz für den Landesverband einzurichten und für das monatliche Einholen von Meinungsbildern zu verwenden. Die Einholung eines Meinungsbildes kann von allen Piraten des Landesverbandes beauftragt werden. Dieses ist dann in die nächste monatliche Umfrage aufzunehmen. Der Landesvorstand kann inhaltlich oder rechtlich bedenkliche Vorschläge mit mindestens 2/3 Mehrheit ändern oder in Ausnahmefällen per Vetorecht blockieren.

Option 4: LiquidFeedback

Ergänzend zur Diskussion beauftragt der Landesparteitag den Landesvorstand, eine Instanz der Software LiquidFeedback einzurichten um Anträge zu erarbeiten und Meinungsbilder zu erheben.

Option 4a: In dieser Instanz sollen Delegationen komplett deaktiviert werden.

Option 4b: In dieser Instanz sollen Delegationen ausschließlich auf Ebene einzelner Themen ermöglicht werden.

Option 4c: Sobald dies technisch möglich ist, soll Benutzern die Möglichkeit eingeräumt werden die Länge von Delegationsketten einzuschränken. Die Standardeinstellung soll dabei bei einer Länge von 1 liegen.

Teil 2: Akkreditierung

Jeder Pirat bekommt einen Zugang mit Stimmrecht zum Meinungsbildungstool. Um dafür eine gültige Akkreditierung zu gewährleisten, wird folgendes System angewandt:

Option 5a: Akkreditierung mit Clearingstelle

Der Landesparteitag wählt eine Landes-Clearingstelle besetzt aus Piraten, die ausreichend über die ihnen zugeteilte datenschutzrechtliche Aufgabe aufgeklärt wurden. Mitglieder des Landesvorstands dürfen nicht Teil der Clearingstelle sein. Zur Akkreditierung der stimmberechtigten Accounts bekommt die Clearingstelle vom Generalsekretär die minimalen zur eindeutigen Identifikation der Mitglieder notwendigen Informationen sowie die Kontaktadresse. Die Clearingstelle versendet Einladungen zum System mit eindeutigen Aktivierungsschlüsseln direkt an die Mitglieder, ohne dass der Landesvorstand diese Schlüssel erfährt. Wenn ein Aktivierungsschlüssel verwendet wird, um einen Account zu erzeugen, wird vom System bei der Clearingstelle die Stimmberechtigung zu diesem Schlüssel bestätigt.

Option 5b: Akkreditierung mit Clearingstelle und Identifikationsschlüssel

Der Landesparteitag wählt eine Landes-Clearingstelle besetzt aus Piraten, die ausreichend über die ihnen zugeteilte datenschutzrechtliche Aufgabe aufgeklärt wurden. Mitglieder des Landesvorstands dürfen nicht Teil der Clearingstelle sein. Zur Akkreditierung der stimmberechtigten Accounts erstellt der Landesvorstand für jedes stimmberechtigte Mitglied einen geheimen Identifizierungsschlüssel, der selbst keine persönlichen Informationen enthält. Der Landesvorstand schickt nun diesen Schlüssel an die Mitglieder. Die Mitglieder schicken den Identifizierungsschlüssel an die Clearingstelle, um einen Account zu beantragen. Die Clearingstelle erstellt einen Aktivierungsschlüssel zu jedem Identifizierungsschlüssel und versendet diesen zurück an die Piraten, ohne dass der Landesvorstand diese Schlüssel erfährt. Wenn ein Aktivierungsschlüssel verwendet wird, um einen Account zu erzeugen, wird vom System bei der Clearingstelle die Stimmberechtigung zu diesem Schlüssel erfragt. Die Clearingstelle stellt den Identifizierungsschlüssel zum Aktivierungsschlüssel fest und sendet den Identifizierungsschlüssel an den Landesvorstand. Dort wird überprüft ob dieser Identifizierungsschlüssel zu einem stimmberechtigten Piraten gehört. Wenn ja, wird diese Information an die Clearingstelle zurückgegeben, die nach erfolgter Zuordnung das Stimmrecht eines Aktivierungsschlüssels bestätigt.

Option 5c: Akkreditierung Urne

Die Registrierung von Benutzer-Accounts mit frei wählbaren Benutzer-Namen steht grundsätzlich jedem offen. Diese sind aber zunächst nicht mit Stimmrecht ausgestattet. Auf allen Partei-Veranstaltungen im Landesverband mit Akkreditierung (Parteitag u.ä.) wird zusätzlich die Ausstattung genau eines Accounts pro Pirat mit Stimmrecht angeboten. Hierzu gibt der Pirat bei der Akkreditierung an, dass er einen Account für das laufende und/oder kommende Kalenderjahr mit Stimmrecht ausstatten möchte. Die Information, ob ein Pirat für ein bestimmtes Kalenderjahr schon einen Account mit Stimmrecht ausgestattet hat, wird in der Mitgliederverwaltung gespeichert. Ist dies nicht der Fall, erhält der Pirat die Möglichkeit, seinen nur ihm bekannten Benutzernamen in eine Urne für das entsprechende Kalenderjahr einzuwerfen. Der zu diesem Namen gehörende Account wird dann für dieses Kalenderjahr mit Stimmrecht ausgestattet. Um die Nachvollziehbarkeit sicherzustellen, wird im Protokoll der entsprechenden Partei-Veranstaltung vermerkt, welche Accounts auf dieser mit Stimmrecht ausgestattet wurden.

Option 5d: Akkreditierung mit Token-Verlosung

Die Registrierung von Benutzer-Accounts mit frei wählbaren Benutzer-Namen steht grundsätzlich jedem offen. Diese sind aber zunächst nicht mit Stimmrecht ausgestattet. Die Akkreditierung kann durch Vorstandsmitglieder oder Akkreditierungsbeauftragte durchgeführt werden. Bei einer Akkreditierung wird jedem Piraten die Möglichkeit gegeben Einmaltoken aus einer Lostrommel zu ziehen. Mit den Token lässt sich ein eingerichteter Account bis zur Mitte des nächsten Jahres mit Stimmrecht ausstatten.

Begründung

Erklärung zur Abstimmreihenfolge der Optionen

Die Anträge bilden gemeinsam einen sonstigen Parteitagsbeschluss, der als zusammenhängender Text gelesen werden kann. Der Text beginnt mit einem allgemeinen Bekenntnis zum Einsatz von Tools. Danach muss eine Entscheidung getroffen werden ob bevorzugt Adhocracy als Tool eingesetzt werden soll. Ist dies der Fall, muss über die Delegationsfunktion in Adhocracy abgestimmt werden. Ist dies nicht der Fall, wird über die Kombination aus einem Diskusstool und zusätzlich einem Tool für Meinungsbilder abgestimmt. Als Diskusstool kann DisQussion verwendet werden, es darf aber auch abgelehnt werden. Danach muss die Entscheidung zwischen LimeSurvey und LiquidFeedback fallen. Falls LiquidFeedback eingesetzt werden soll, stehen danach drei konkurrierende Optionen zur Wahl, die aber auch alle abgelehnt werden dürfen, falls LiquidFeedback unverändert, also wie von der Bundes-Instanz bekannt eingesetzt werden soll. Danach folgt die Auswahl eines der drei zur Verfügung stehenden Akkreditierungsverfahren.

eingereicht mit Ticket #1020772 am 2012-10-21

konkurriert mit [RP:Antrag/2012.2-021-Transparente Demokratie statt Liquid Feedback](#)

Änderungsantrag Nr.

007

Beantragt von

Lars Matti (überarbeitet, 01.11.2012 12:30)

Beantragte Änderungen

Verteilung der Mittel aus der aus der staatlichen Teilfinanzierung.

Im Landesverband Rheinland-Pfalz werden für alle Kreise und kreisfreie Städte ohne eigenen KV "vorläufige Kreisverbände" (vKV) eingerichtet.

Durch den Landesfinanzausschuss wird ein Grundbetrag festgelegt. Jeder Kreisverband erhält diesen Grundbetrag und der Landesverband erhält den 10 fachen Grundbetrag. Die "vorläufige Kreisverbände" erhalten keinen Grundbetrag.

Die verbleibenden Mitteln werden wie folgt aufgeteilt: Der Landesverband erhält 50%. 25% werden nach Flächengröße der Landkreise und kreisfreien Städte aufgeteilt und an die zuständigen Kreisverbände ausgeschüttet. 25% werden nach Einwohneranzahl der Landkreise und kreisfreien Städte aufgeteilt und an die zuständigen Kreisverbände ausgeschüttet.

Das Geld für die vKV verbleibt beim Landesverband und dieser verwaltet die Mittel für die örtlichen Regionalgruppen. Wenn sich ein KV gründet, bekommt er das nicht für Zwecke des vKV (örtlichen Regionalgruppen) bereits ausgegebene Geld. Wenn bei einer Region mit "vorläufigem Kreisverband" das Geld zum Jahresende nicht aufgebraucht ist, fließt es an den LV zurück.

Diese Regelung ist bereits auf die Zuwendungen für 2012 anzuwenden.

Begründung

Über den Grundbetrag soll die Arbeitsfähigkeit der Gliederungen sichergestellt werden, durch die Verteilung über Fläche und Einwohner ist eine gerechtere Verteilung gegeben als über die Aktuelle Verteilung über die Anzahl der Mitglieder.

eingereicht mit Ticket #1018211 am 2012-09-30

Änderungsantrag Nr. 008-ZA10

Beantragt von

Mariesa

Beantragte Änderungen

Der Punkt [Bildung -> Entlastungen an Schulen](#) wird in "Entlastungen an Bildungseinrichtungen" umbenannt.

Der Unterpunkt [Unterstützung an Schulen durch nicht lehrendes Personal](#) wird in "Unterstützung durch nicht-lehrendes Personal" umbenannt und folgendermaßen geändert:

"Bildungseinrichtungen müssen bedarfsgerecht mit nicht-lehrendem Personal versorgt werden, damit sich Erzieher, Lehrer und Dozenten vorrangig auf ihre Aufgaben konzentrieren können. Nicht-lehrendes Personal sind beispielsweise technische Assistenten, Sozialarbeiter und Mitarbeiter für administrative Aufgaben. Diese sollen nach freiem Ermessen der Einrichtungsleitung eingestellt werden können.

Technische Assistenten kümmern sich um die Wartung und den Aufbau der technischen Einrichtungen und bieten fachliche Unterstützung bei Fragen. Dies steigert Effizienz und Qualität von Lehrveranstaltungen erheblich.

Eine Verbesserung des Arbeitsklimas ist auch zu erwarten, indem Konflikte durch Psychologen und/oder Sozialarbeiter gelöst werden. Sie stehen Lehrenden und Lernenden gleichermaßen als Ansprechpartner zur Verfügung."

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung

Auch außerhalb von Schulen müssen Erzieher und Dozenten immer mehr Aufgaben übernehmen, die durch nicht-lehrendes Personal erledigt werden können.

eingereicht mit Ticket #1020651 am 2012-10-19

ergänzt [RP:Antrag/2012.2-008-Bildung](#)

Änderungsantrag Nr. P25

Beantragt von

[StopSecret](#) stellvertretend für gemeinsame Ausarbeitung im pad

Beantragte Änderungen

Es wird beantragt, den Punkt "3.3.2.1 Zugangerschwerungsgesetz aufheben!" ersatzlos aus dem Wahlprogramm zu löschen und die Numerierung entsprechend anzupassen. Der Passus lautet: "Die PIRATEN werden sich dafür stark machen, den Irrweg des Zugangerschwerungsgesetzes zu beenden und dieses Zensur-Gesetz aufzuheben."

https://wiki.piratenpartei.de/RP:Landtagwahl_2011/Wahlprogramm#Zugangerschwerungsgesetz_aufheben.21

Begründung

Das Gesetz wurde am 02.12.2011 aufgehoben:

<http://www.zdnet.de/news/41558455/bundestag-hebt-zensursula-gesetz-endgueltig-auf.htm>

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt [P25: Passus Zugangerschwerungsgesetz löschen](#)

Änderungsantrag Nr.

023

Beantragt von

Ein Landespirat

Beantragte Änderungen

Mit der Überschrift "Politische Bildung stärken, Verfassungsschutz auflösen" wird als Unterpunkt des Abschnittes "Sicherheitspolitik unter Achtung der Bürgerrechte" folgender Absatz ins Wahlprogramm aufgenommen:

" Nicht erst die Skandale um neonazistische Morde im ganzen Bundesgebiet haben deutlich gemacht, dass das System Verfassungsschutz seinen Namen nicht verdient hat. Ein Geheimdienst, der fernab jeder demokratischen Kontrolle agiert, mit Feinden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zusammenarbeitet, sie finanziert, ihre Straftaten duldet oder gar dazu anstiftet oder sie vertuscht, schützt unsere Freiheit und Demokratie nicht, sondern gefährdet sie in hohem Maße.

Die Überwachung und Kriminalisierung von politischen Parteien und Gruppierungen gefährdet die Meinungsfreiheit und damit die gesellschaftliche Meinungsvielfalt und Demokratie. Die ausufernden Befugnisse für Geheimdienste widersprechen den Grundsätzen der Piratenpartei: Heimliche Informationsbeschaffung, verdeckte Ermittler und das Anwerben von V-Leuten, heimliches Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen oder Computern, optische oder akustische Überwachung und Eingriffe in Post und Telekommunikation, Auskunftsbefugnisse gegenüber Dritten und vieles mehr lassen sich bei Geheimdiensten nicht wirksam kontrollieren und sind daher aus Sicherheitsgründen nicht vertretbar. Auch die Betätigung des Verfassungsschutzes in der Bildungsarbeit und die vehemente Verbreitung der Extremismustheorie lehnen wir ab, genauso wie dass auf Basis intransparenter, geheimdienstlicher Erkenntnisse, Maßnahmen wie Vereinsverbote oder die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Vereinen begründet werden.

Wir fordern daher die Auflösung des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes und die ersatzlose Streichung der bisherigen nachrichtendienstlichen Kompetenzen. Die bisher für den Verfassungsschutz bereitgestellten Haushaltsmittel wollen wir der Landeszentrale für politische Bildung zuweisen. Hier soll Demokratiebildung, politische Aufklärung, Präventionsarbeit und die offene Beobachtung politischer Tendenzen zukünftig transparent stattfinden. Ihre überparteiliche Arbeit wollen wir ausbauen und ihre Unabhängigkeit gegenüber der Landesregierung stärken. "

Begründung

erfolgt mündlich

eingereicht mit Ticket #1020447 am 2012-10-18

Änderungsantrag Nr.

008-ZA04

Beantragt von

Paul P

Beantragte Änderungen

Im Punkt [Bildung](#) -> [Bildungssystem](#) -> [Vorschulische Bildung](#) des Wahlprogramms wird als eigener Unterpunkt eingefügt:

"Aufsuchende Hilfsprogramme für Eltern ab Geburt

Die PIRATENPARTEI setzt sich für frühe, aufsuchende und nachhaltige Programme zur Unterstützung von Eltern ab der Geburt ein. Viele Eltern wissen nicht, wie sie ihre Kinder erziehen, vorschulisch fördern und gesund erhalten sollen. Gerade für die Eltern mit keinen oder nur unzureichenden Kenntnissen reicht die freie Zugänglichkeit zu den Hilfen nicht. Sie können diese nicht in Anspruch nehmen, weil selbst diese Schwelle oder ihr Schamgefühl noch zu hoch ist. Zum Wohle der Kinder müssen Hilfsprogramme aufsuchend angeboten werden.

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung

Der Bezug zwischen Bildung, Gesundheit und Sozialem wird früh deutlich. Beim BPT werde ich auch für Beachtung dieses Bezuges kämpfen. Ich verweise auf meine eigene [Initiative](#). Mit diesem Ansatz bekräftigen wir Piraten unser Motto: Klar zum Ändern!

eingereicht mit Ticket #1020651 am 2012-10-19

ergänzt [RP:Antrag/2012.2-008-Bildung](#)

Änderungsantrag Nr.
008-ZA02

Beantragt von
[Sebastian Degenhardt](#)
Beantragte Änderungen

Satz 3 und 4 im Punkt [Bildung](#) -> [Grundsätze](#) -> [Säkularisierung der Bildung](#) des Wahlprogramms werden durch folgende Formulierung ersetzt:

"Ethikunterricht muss flächendeckend für alle Schüler bereits ab der ersten Klasse als Regelfach angeboten werden. Der Religionsunterricht kann als freiwilliges Zusatzfach beibehalten werden."

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung

Die Formulierung "Ethikunterricht muss flächendeckend für alle Schüler bereits ab der ersten Klasse angeboten werden. Der Religionsunterricht soll als fakultatives Fach beibehalten werden." lässt offen, ob der Schüler durch den Besuch des Religionsunterrichts den Ethikunterricht umgehen kann. Mit der neuen Formulierung soll klargestellt werden, dass das Kind auf jeden Fall den Ethikunterricht besucht und Religion nur als ergänzendes Fach wählen kann.

eingereicht mit Ticket #1020651 am 2012-10-19

ergänzt [RP:Antrag/2012.2-008-Bildung](#)

Änderungsantrag Nr.
029

Beantragt von
[HeptaSean](#) (erarbeitet in der AG Meinungsfindung)
Beantragte Änderungen

Der Landesvorstand wird beauftragt, einen Root-Server für interne Dienste des Landesverbandes Rheinland-Pfalz anzumieten. Der Landesfinanzausschuss wird beauftragt, entsprechende Mittel im Haushalt bereitzustellen. Auf diesem Server sollen nach Rücksprache mit dem Datenschutzbeauftragten verschiedene interne Dienste wie z.B. eine Test-Instanz der Diskussions-Plattform DisQussion, eigene Piratenpad-Instanzen oder eine Lime-Survey-Installation betrieben werden. Für den Betrieb von Diensten, die direkt oder indirekt mit Mitglieder-Daten verbunden sind, ist ein gesonderter Beschluss eines Landesparteitags notwendig.

Begründung

eingereicht mit Ticket #1020772 am 2012-10-21

Änderungsantrag Nr.
P13

Beantragt von
[StopSecret](#) stellvertretend für gemeinsame Ausarbeitung im pad
Beantragte Änderungen

Der Text des bisherigen Punktes "Öffentlicher Raum in privater Hand" im Kapitel "Kultur" des Wahlprogrammes wird ersetzt durch folgenden:

Die zunehmende Privatisierung öffentlicher städtischer Räume lehnen wir ab.

Beispielhaft seien hier große Einkaufszentren in privatem Besitz genannt. Dort findet öffentliches Leben statt, von dem keiner unserer Mitmenschen auszuschließen ist. Personen dürfen nicht vom Betreten der Zu- und Durchgangswege abgehalten werden.

Die weitere Ausweitung privaten Raumes zuungunsten öffentlichen Raumes, wollen wir stoppen und gegebenenfalls rückgängig machen. Für großflächige Räume in privatem Besitz wollen wir einen rechtlichen Rahmen gestalten, der dem Charakter dieser Räume als öffentlichem Raum, gerecht wird.

Eine solche Bewirtschaftung ehemals öffentlichen Raums darf nicht dazu führen, dass politische Betätigung dort unmöglich wird oder Menschen, die das "Einkaufs-, Geschäfts- und Wohnerlebnis" trüben könnten, vertrieben werden. Für private Räume mit öffentlichem Charakter soll auch öffentliches Recht gelten, privates Wachpersonal darf nur innerhalb der Geschäftsräume eingesetzt werden.

Straßen in Städten und Gemeinden sollen in öffentlicher Hand verbleiben. Die Einfriedung kommunaler Einrichtungen sollte nur in begründeten Fällen erfolgen.

Begründung

Immer mehr öffentlicher Raum wird an Investoren veräußert und privatisiert. Diese Räume beanspruchen oftmals große Teile von Stadtzentren. In ihnen gilt das Hausrecht des Investors, so dass er nach eigenem Ermessen willkürlich agieren kann. Zudem dienen diese Investitionen meist als reine Spekulationsobjekte. Sie werden

ohne Rücksicht auf urbane Strukturen und oftmals unter unwiederbringlicher Zerstörung einer solchen zur reinen Gewinnmaximierung durchgesetzt. Um hier die Bedürfnisse der Bürger auf eine lebendige, offene und gewachsene Infrastruktur zu bewahren, sollen entsprechende Regelungen vorgesehen werden.

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt [P13: Rückgewinnung und Verwendung öffentlichen Raums](#)

Änderungsantrag Nr.

P26

Beantragt von

[StopSecret](#) stellvertretend für gemeinsame Ausarbeitung im pad

Beantragte Änderungen

Im Wahlprogramm im Abschnitt "Sicherheitspolitik unter Achtung der Bürgerrechte", Unterabschnitt "Weitere Maßnahmen zum Schutz vor Überwachung und Zensur" soll der Punkt "für den Stopp der Volkszählung 2011 und Rücknahme des Zensus-Gesetzes auf Bundes und Landesebene" gelöscht werden. Statt dessen soll an geeigneter Stelle ein eigener Unterabschnitt eingefügt werden mit folgendem Inhalt:

Rücknahme des Zensus-Gesetzes

Das Zensus-Gesetz auf Bundes- und Landesebene sowie Volkszählungen im Allgemeinen sollen abgeschafft werden. ~~Die durch die Meldeämter erhobenen Daten sind für Planungen bereits ausreichend~~ Werden weitere Daten von Bürgerinnen und Bürgern benötigt, sollen diese ausschließlich auf freiwilliger Basis erhoben werden dürfen. So kann im Sinne der Datensparsamkeit die Datensammlung über die Bürger vermindert werden.

Begründung

Die Volkszählung 2011 ist soweit abgeschlossen. Das noch bestehende Zensus-Gesetz wollen wir abschaffen, weil es überflüssig ist. Alle Daten und Informationen zur Planung und Verwaltung sind aus den vorhandenen Stamm- und Bewegungsdaten der Verwaltungen zu entnehmen.

Nachtrag 2012-05-13: die Änderung des gestrichenen Satzes wurde so begründet: dieser Satz ist etwas unglücklich, da das Meldewesen viel mehr als "ausreichend" ist und zwar ein extremer Datenmoloch!

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt [P26: Rücknahme des Zensus-Gesetzes](#)

Änderungsantrag Nr.

O32

Beantragt von

anonym

Beantragte Änderungen

Antrag für das Wahlprogramm

Piraten setzen sich für den Schutz landwirtschaftlich genutzter Flächen ein. Sie dienen hauptsächlich der Nahrungsmittelsicherung der Bevölkerung. Ein weiterhin hoher Verlust dieser Flächen ist unserer Ansicht kritisch zu betrachten.

Wir schlagen aus diesem Grund vor, beim Ausbau erneuerbarer Energien auf einen Flächenausgleich bzw. Nutzungsbeschränkungen landwirtschaftlicher Nutzflächen zum Zweck des Ausgleiches zu verzichten.

Begründung

Bei Neuerrichtungen von Windkraftanlagen, Pumpwasserkraftwerken, sowie Netztrassen, die zum Transport erneuerbarer Energien notwendig sind, findet ein Eingriff in die Natur statt.

Auf einen Flächenausgleich bzw. Nutzungsbeschränkungen landwirtschaftlicher Nutzflächen zum Zweck des Ausgleiches sollte dennoch verzichtet werden, da der entstandene Schaden an der Natur durch die umweltfreundliche Form der Energiegewinnung unserer Ansicht genügend kompensiert wird.

eingereicht mit Ticket #1020756 am 2012-10-21

Änderungsantrag Nr.

033

Beantragt von

anonym

Beantragte Änderungen

Antrag für das Wahlprogramm

Piraten setzen sich für den Schutz landwirtschaftlich genutzter Flächen ein. Diese Flächen dienen hauptsächlich der Nahrungsmittelsicherung der Bevölkerung. Ein weiterhin hoher Verlust ist unserer Ansicht kritisch zu betrachten.

Wir setzen uns dafür ein, das Errichten von Freiflächenfotovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen aller Art zu verbieten.

Begründung

Laut dem überarbeiteten Landesentwicklungsplan IV ist die Errichtung von Freiflächenfotovoltaikanlagen " auf ertragsschwachen, artenarmen oder vorbelastetem Acker- oder Grünland zulässig. Wir kritisieren diesen Beitrag zu weiterem Flächenverbrauch. Unserer Meinung rechtfertigt die Ertragszahl von landwirtschaftlichen Flächen nicht, sie aus der Nutzung zu nehmen.

eingereicht mit Ticket #1020784 am 2012-10-21

Änderungsantrag Nr.

026

Beantragt von

micramouse

Beantragte Änderungen

Antrag auf Änderung des Wahlprogramms

Alte Fassung: nicht vorhanden

Neue Fassung:

Lärm macht krank. Ziel der Piratenpartei Rheinland-Pfalz ist es, die Verkehrslärmverordnung zu ändern, um die Menschen effektiv vor Lärmbelastung zu schützen.

Die 6. Bundes-Immissionsschutzverordnung (TA-Lärm) nennt Grenzwerte für allgemeine Geräusche strukturiert nach sieben Tageszeiten und sieben Bebauungsarten. Fluglärm fällt dabei unter "einzelne kurzzeitige Geräuschspitzen". Sie dürfen die Immissionsrichtwerte in Industriegebieten tagsüber um 25 dB(A) und nachts um 15 dB(A) überschreiten, in allen übrigen Gebieten tagsüber um 20 dB(A) und nachts um 10 dB(A).

Die 16. BImSchV (Verkehrslärm) nennt Grenzwerte für Straßen- und Schienenverkehr mit Formeln und Diagrammen, um den Lärm zu berechnen, den eine noch zu bauende Eisenbahnstrecke oder Autobahn möglicherweise einmal erzeugt. Die Grenzwerte sind nach Tag und Nacht und für einige Siedlungsarten unterschieden (z.B. Krankenhäuser, Wohngebiete, Gewerbegebiete).

Wir fordern, dass die Struktur der TA-Lärm in die Verkehrslärm-Verordnung übernommen wird. Diese Verordnung sollte dann für den Verkehrslärm auf Straße, Schiene und in der Luft gelten. Die Richtwerte der TA-Lärm sollten in die Verkehrs-Verordnung übernommen und dann an das Verkehrsgeschehen angepasst werden, getrennt für Straße, Schiene und Luft.

Begründung

Solange in den Lärmschutzverordnungen steht, dass der Verkehr tagsüber in Wohngebieten 59 dB(A) und in Mischgebieten 64 dB(A) Lärm machen darf, von den Berechnungsmethoden für Fluglärm ganz zu schweigen, wird dieser Lärm auch gemacht. Dabei dürfen die "einzelnen kurzzeitigen Geräuschspitzen" des Luftverkehrs sogar auf Durchschnittswerte gemittelt werden, obwohl man von jedem lautstarken Einzelgeräusch geweckt wird, während man bei einem gleichmäßigen, nicht zu hohen Geräuschpegel weiterschlafen kann. Verhindern kann das nach aktueller Gesetzeslage nur die Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Bundestag und dem Bundesrat, also alle Parteien und alle Regierungen in allen Bundesländern.

eingereicht mit Ticket #1020742 am 2012-10-21.

Änderungsantrag Nr.

008-ZA09

Beantragt von

Mariesa

Beantragte Änderungen

Beim Punkt [Bildung](#) -> [Grundsätze](#) -> [Wahlfreiheit](#) im Wahlprogramm wird hinter dem Satz "Eltern haben das Recht die Schulform für ihr Kind auszuwählen, die sie für die angemessenste halten." Folgendes eingefügt: "Den Kindern ist bei der Wahl der weiterführenden Schule ein Mitspracherecht einzuräumen."

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung

Während Eltern die weiterführende Schule meist nach rein rationalen Gesichtspunkten (Ruf, Ausstattung, liegt auf dem Weg zur Arbeit) auswählen, sind für die betroffenen Kinder eher emotionale Gründe (wohin gehen die Freunde, fühle ich mich an der Schule wohl) entscheidend. Daher sollen sie vor dem Schulwechsel Gelegenheit erhalten, die Schule kennen zu lernen (bspw. am Tag der offenen Tür). In Fällen, in denen mehrere Schulen in Frage kommen, soll dem Kind die Wahl überlassen werden.

eingereicht mit Ticket #1020651 am 2012-10-19

ergänzt [RP:Antrag/2012.2-008-Bildung](#)

Änderungsantrag Nr.

031

Beantragt von

[DerBär](#)

Beantragte Änderungen

Der Landesparteitag möge für das Wahlprogramm folgenden Text beschließen:

Für alle oberirdischen Sondermülldeponien soll eine komplette Sanierung durch Rückbau erfolgen, damit auch in Zukunft keine Gefahr des Eindringens von Giftstoffen in Grundwasser und Atmosphäre besteht. Eine bloße Abkapselung durch Abdichtung und Abdeckung, bei der die Risiken und Kosten nachfolgenden Generationen übertragen werden, lehnen wir ab. Dazu fordern wir komplette Transparenz und Information über die eingelagerten Stoffe, so auch die Veröffentlichung aller Meßergebnisse. Falls keine Informationen vorliegen, müssen durch unabhängige Gutachter entsprechende Untersuchungen und Messungen durchgeführt werden. Im Anschluss daran sollen Sanierungsprojekte ausgearbeitet werden, um die Abtragung und Sanierung der Deponien durch Rückbau der Deponie in Phasen durchzuführen. Die Verursacher der Altlasten sollen soweit möglich bei der Durchführung und Finanzierung der Sanierung in die Pflicht genommen werden.

Begründung

Im LQFB bekam diese Ini auf Bundesebene 82% Zustimmung <http://lfpp.de/i3868> Weiterführende

Links: <http://de.wikipedia.org/wiki/Sondermülldeponie>http://de.wikipedia.org/wiki/Abfall#Abfallbehandlung_und_Deponierung<http://de.wikipedia.org/wiki/Deponie>
e Beispiel einer Sanierung durch Abtragung:http://de.wikipedia.org/wiki/Sondermülldeponie_Kölliken

eingereicht mit Ticket #1020792 am 2012-10-22

Änderungsantrag Nr.

Xo8

Beantragt von

Beantragte Änderungen

Der Landesparteitag möge die testweise Installation und Einführung von LimeSurvey für den Landesverband Rheinland-Pfalz der Piratenpartei beschließen und den Vorstand beauftragen, umgehend die dazu notwendigen Schritte durchzuführen oder durchführen zu lassen.

Begründung

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz hat kein Online-Meinungsfindungstool und kein Meinungsumfragentool und die seit zwei Jahren währende Diskussion darüber lähmt die inhaltliche Arbeit. Für wichtige, kurzfristige Abstimmungen, z.B. darüber, welche Anträge auf LPTs bevorzugt behandelt werden sollen, brauchen wir ein solches Umfragetool [\[1\]](#)

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt [Xo8: Testweise Installation von LimeSurvey](#)

Änderungsantrag Nr.

021

Beantragt von

Ein Landespirat

Beantragte Änderungen

Der Landesparteitag möge beschließen:

"Ein wesentlicher Teil der Parteiarbeit in der Piratenpartei kommt der innerparteilichen Willensbildung zu. Transparente Entscheidungsfindungen, demokratische Verfahren, satzungsgemäße Gremien und Regularien sichern die Rechte der Mitglieder und sorgen für ein demokratisches Miteinander. Der gemeinsamen Entscheidungsfindung auf Parteitag kommt dabei die zentrale Rolle zu: Hier diskutieren wir gemeinsam über Anträge und treffen transparente und demokratische Mehrheitsentscheidungen.

Nach einem einfachen Beschluss beim Bundesparteitag in Bingen, spielt - jenseits irgendeiner satzungsgemäßen Legitimation - Liquid Feedback als Plattform bundesweit parteiintern und leider auch in der öffentlichen Wahrnehmung eine große Rolle. Immer wieder begründet beispielsweise der Bundesvorstand seine Entscheidungen mit entsprechenden "Meinungsbildern" in Liquid Feedback. Auch kommt es immer wieder vor, dass Journalisten denken, in Liquid Feedback würden offizielle Abstimmungen der Partei stattfinden - entsprechende falsche Medienberichte inbegriffen.

Dabei ist in Liquid Feedback nicht transparent und für uns als Mitglieder nicht nachvollziehbar, ob die "Abstimmungs"-Ergebnisse manipuliert sind oder nicht. Gleichzeitig ist aber auch keine ausreichende Anonymität gegeben, die den Mitgliedern den entsprechenden Schutz vor Repression und Missbrauch bieten würde, der nötig wäre, um sich am System frei beteiligen zu können. Durch Stimmdelegationen kommt es außerdem dazu, dass wenige Personen extrem viele Stimmen aggregieren und damit andere Piraten und selbst größere Gruppen mühelos überstimmen können.

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz erachtet Liquid Feedback daher nicht als angemessenes Werkzeug zur innerparteilichen Meinungsfindung. Wir sprechen uns gegen eine weitere Verankerung des Systems in der Partei z.B. im Rahmen einer "ständigen Mitgliederversammlung" aus und fordern stattdessen den Stopp der bundesweiten Liquid-Feedback-Instanz. Wir stellen klar, dass "Abstimmungen" in Liquid Feedback generell keinen Beschluss der Partei darstellen und keinen bindenden Charakter haben und fordern den Bundesvorstand auf, seine Entscheidungen nicht auf potentiell manipulierten und durch Delegationen verzerrten "Meinungsbildern" basieren zu lassen."

Begründung

erfolgt mündlich

eingereicht mit Ticket #1020451 am 2012-10-18

konkurriert mit [RP:Antrag/2012.2-030-Meinungsbildungstool](#)

Änderungsantrag Nr.

022

Beantragt von

Ein Landespirat

Beantragte Änderungen

Der Landesparteitag möge beschließen:

"Im Wahlprogramm wird der bisherige Punkt "Sicherheitspolitik unter Achtung der Bürgerrechte" (aktuell Abschnitt 2.9) eine Ebene nach oben gezogen und als eigener Oberpunkt zwischen Kapitel "Privatsphäre, Datenschutz und Bürgerrechte - Grundpfeiler der freiheitlichen Informationsgesellschaft" (aktuell Kapitel 2) und dem Kapitel "Informationsfreiheit im 21. Jahrhundert - Offene Daten für mündige Bürger!" (bisher Kapitel 3) eingefügt.

Die Unterpunkte des bisherigen Kapitels "Inneres und Justiz" werden in das neue Kapitel "Sicherheitspolitik unter Achtung der Bürgerrechte" verschoben. Das Kapitel "Inneres und Justiz" und dessen Einleitung entfallen."

Begründung

Das bisherige Kapitel 2 umfasst bisher einerseits alles, was mit Datenschutz zu tun hat, aber auch diverse Punkte, die einem eigenen Bereich zugeordnet werden können, in dem es um Sicherheits- und Innenpolitik geht. Auch im Bereich "Inneres und Justiz" finden sich sicherheitspolitische Themen. Diese beiden Abschnitte solle zusammengeführt werden.

Der gemeinsame Bereich wird auch zukünftig eine wichtigere Rolle in der Landespolitik spielen und von uns weiter ausgebaut werden, sodass ein eigenes Kapitel hierfür angemessen erscheint und das Datenschutz-Kapitel entschlackt werden kann.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

eingereicht mit Ticket #1020446 am 2012-10-18

Änderungsantrag Nr.

037

Beantragt von

DerBär

Beantragte Änderungen

Antrag für das Wahlprogramm RLP:

Präambel zur Umwelt, Energie und Verbraucherschutz

Die Piratenpartei RLP ist sich der besonderen Verantwortung der Politik für Umwelt, Energie und Verbraucherschutz bewusst und betrachtet die Inhalte des Programms als Kernaussage einer guten und andauernd erfolgreichen Wirtschaft und menschengerechten intakten Umwelt. Wir übernehmen in unserem Programm die Verantwortung für heutige und die nachfolgende Generationen und werden in den Programmteilen die Interessen eines sparsamen Haushaltes ebenso wie die angemessene Achtung der Umweltrefugien innovativ und für die Zukunft wirksam achten.

Prinzipien

Intakte Umwelt ist Grundrecht

Das Recht auf sauberes Wasser, saubere Luft, vitale Böden und einen gemeinschaftlichen Zugriff auf Naturressourcen ist Teil der universellen Menschen- und Bürgerrechte, auch für zukünftige Generationen. Umweltschutz- und Wirtschaftsinteressen sollten gleichgewichtig behandelt werden. Einseitige Bevorzugung durch Behörden oder Industrie lehnen wir ab. Dennoch sollte dem Umweltschutz im Falle eines Konfliktes eine höhere Priorität eingeräumt werden, da Schädigungen der Umwelt oft irreparabel oder deren Beseitigung mit immensen Kostenaufwand verbunden ist.

Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung

Viele der heutigen Umweltprobleme – vom Rückgang der Artenvielfalt bis zum Versagen der Atommülldeponierung – sind auch das Resultat einer Ohnmacht der Bürger gegenüber den Interessen immer stärker mit dem Staat verflochtenem Lobbyismus. Daher fordern wir auch beim Thema Umwelt mehr Transparenz im Handeln der Verantwortlichen und eine stärkere Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungsprozessen. Ein freier, uneingeschränkter Zugang zu den entsprechenden Informationen muss gewährleistet sein.

Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development)

Eine nachhaltige Entwicklung ist notwendig, um die Lebensgrundlagen für heutige und zukünftige Generationen zu erhalten. Dazu müssen die ökologischen, sozialen und ökonomischen Systeme im Gleichgewicht gehalten werden. Dazu ist es notwendig, dass Institutionen diesen Prozess unterstützen. Ziel ist eine Erhöhung der Vereinbarkeit anthropogener mit natürlichen Stoffströmen (Konsistenz), Reduzierung des Verbrauchs/Nutzung von Gütern, Rohstoffen und Energie (Suffizienz) und die Reduzierung des Stoff- und Energieverbrauchs je Einheit hergestellter Güter oder Dienstleistungen (Effizienz). Durch Information und Bildung sollen alternative Handlungsoptionen in allen Bereichen ohne Verlust an Lebensqualität aufgezeigt werden.

Vernetzte Umweltpolitik

Umweltpolitik kann langfristig nur Erfolg haben, wenn die Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und das Zusammenspiel unterschiedlicher Politikbereiche berücksichtigt werden. Dazu gehört insbesondere die Verbindung der Umweltpolitik mit Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, u.a. Bildungspolitik, Gesundheitspolitik, Landwirtschaft, Energiewirtschaft und Infrastrukturpolitik.

Energiepolitik

Da eine gesicherte Energieversorgung wichtig ist, brauchen wir Lösungen, die für alle tragbar sind. Unser Ziel ist daher eine nachhaltige, sichere und kosteneffiziente Energieversorgung.

Dezentrale Energieversorgung

Ein wichtiges Merkmal zeitgemäßer Energiepolitik ist die Dezentralisierung der Energieerzeugung. Die Abhängigkeit von Großkraftwerken kann überwunden werden durch lokale autarke Energiegewinnung von Bürgern und Gemeinden aus umweltfreundlichen erneuerbaren Energien. Die Energiegewinnung durch "non profit" Systeme, v. a. Energiegenossenschaften ist hier besonders hervorzuheben. Eine dezentrale Energieversorgung hat neben der Erhöhung der Sicherheit der Energieversorgung auch positive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort. Die regionale Wertschöpfung wird durch erneuerbare Energien gesteigert und Arbeitsplätze werden langfristig geschaffen. Da eine stärkere Dezentralisierung der Strom- und Wärmeerzeugung eine angepasste Infrastruktur voraussetzt, sind neue Speicher- und Verteilungstechnologien nötig. Wir werden deren Entwicklung und Einsatz verstärkt fördern.

Erneuerbare Energien

Um in Zukunft weniger von konventionellen Energieträgern abhängig zu sein, streben wir schnellstmöglich 100% Anteil erneuerbarer Energien sowohl im Strom- als auch im Wärmesektor an. Bei der Stromerzeugung wollen wir durch verstärkte Forschungsanstrengungen im Bereich der EE-Technologien Verbesserungen erreichen und die Gesamtkosten hierfür weiter senken. Biomasseanlagen sollen vor allem aus Rest- und Abfallstoffen betrieben werden. Dabei darf die Energieerzeugung nie in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion treten oder zu einer Verknappung von Lebensmitteln führen. Wir werden die Forschung in diesem Bereich vorantreiben und die Förderung innovativer Modelle unterstützen. Solaranlagen sollen bevorzugt auf Gebäudedächern errichtet werden, Flächenanlagen auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen lehnen wir ab. Energie aus Wasserkraft soll ohne Gefährdung von Fischen mit Hilfe von Fischwegen gewonnen werden. Große Windkraftanlagen sollen nur in Gebieten mit überdurchschnittlicher Windhöffigkeit errichtet werden. Die Rodung von Wald und Errichtung von Windkraftanlagen in Naturschutzgebieten und Naturparks lehnen wir ab. Neue Anlagen dürfen nur auf freien oder bereits gerodeten Flächen errichtet werden und müssen naturverträglich sein, wozu in jedem Fall eine gesonderte Einzelfallprüfung nötig ist. Leise Kleinwindkraftanlagen auf Hausdächern sollen verstärkt gefördert werden. Für die Errichtung von Tiefen-Geothermieanlagen müssen Studien zur Technikfolgenabschätzung sicherstellen, dass keine Gefährdung, z.B. durch kleine Erdbeben, besteht.

Kostentransparenz

Traditionelle Energiegewinnung aus Kohle oder Kernspaltung werden durch staatliche Zuschüsse oder aber durch staatliche Zwischenlagerung des Atommülls subventioniert. Folgekosten und Umweltschädigung durch jede Form von Energiegewinnung müssen dem Bürger transparent gemacht werden. Bei der Bewertung neu zu errichtender Energieerzeugungsanlagen müssen diese Kosten für jeden Bürger transparent mit in die Rechnung einbezogen werden. Außerdem müssen Kraftwerksbetreiber verpflichtet werden, verursachte Schäden und Folgekosten zu tragen. Ist die zukünftige Finanzierung dieser Kosten nicht abgesichert, darf ein solches Kraftwerk nicht gebaut werden. Auch im Hinblick auf Laufzeitverlängerungen müssen diese Kosten mit eingerechnet werden.

Energieplanung und Risikobewertung

Wir fordern die Einrichtung einer Landes-Energieagentur zur langfristigen Erstellung von Energiekonzepten, Bündelung der Kompetenzen auf Landesebene und Förderung der Zusammenarbeit aller Akteure im Energiesektor. Die Bewertung der Risiken von sämtlichen Formen der Energiegewinnung muss auf eine einheitliche Bewertungsbasis aller Kostenfaktoren gestellt werden, diese sind schon bei der Planung zu berücksichtigen. Zur Absicherung sämtlicher damit verbundenen Gefahren und eventueller Langzeitfolgen soll eine Haftpflichtversicherung für sämtliche Energiegewinnungsformen vorgeschrieben werden. Bei fehlender unbegrenzter Haftpflichtversicherungsfähigkeit seitens der Versicherungswirtschaft ist eine Energiegewinnungsform nicht Bestandteil unserer Energieprogramme. Die Betreiber solcher Unternehmen haften unbegrenzt und haben entsprechend Rücklagen aufzubauen oder den Betrieb einzustellen.

Netzneutralität bei Energienetzen

Um für erneuerbare Energien einen wettbewerbsfreien Zugang zu garantieren, der nicht durch Monopolinteressen beeinflusst wird, streben wir eine eigentumsrechtliche Entflechtung der Energienetz-Infrastruktur an. Dazu gehört, die Netze möglichst kommunalisiert bleiben bzw. werden.

Mindestwirkungsgrad für neue Kraftwerke

Für neue Kraftwerke, die ihre Energie aus fossilen Energieträgern beziehen, soll ein dem Stand der Technik entsprechender Mindestwirkungsgrad vorgeschrieben werden. Damit wird erreicht, dass nur dann neue Kraftwerke entstehen, wenn deren Abwärme sinnvoll, z.B. in Form von Fernwärme, genutzt werden kann. Ein festgelegter Mindestwirkungsgrad muss auch für erneuerbare Energien ermittelt werden sobald diese staatlich gefördert werden. Der Wirkungsgrad wird für jede Energieform genau festgelegt und leistungseffizienteren Anlagen der gleichen Energieproduktion sind allein förderbar.

Kein Ausstieg aus dem Ausstieg

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass der Zeitplan des Ausstieges aus der Atomkraft eingehalten oder sogar vorgezogen wird. Auch sind wir dagegen, dass in der EU die Atomkraft weiter ausgebaut wird. Deshalb fordern wir unseren außenpolitischen Einfluß geltend zu machen, um den Atomausstieg in Nachbarländern wie Frankreich voranzutreiben.

Energieeinsparung

Wir setzen uns für Energie- und Ressourceneinsparung ohne Verringerung von Lebensqualität ein, beispielsweise durch Wärmedämmung an Gebäuden unter Beachtung der bestehenden Bausubstanzerfordernisse, intelligente Steuerung des Energieeinsatzes in Gebäuden, in der Straßenbeleuchtung und intelligente Technologien in der Produktion und im Haushalt. Der öffentliche Nah- und Fernverkehr ist zu fördern und auszubauen, um die individuelle Mobilität zu erhalten und im Gegenzug Ressourcen, die durch den Autoverkehr verbraucht werden, einzusparen.

Intelligente Stromzähler (Smart Grids)

Intelligente Stromzähler können helfen, Lastspitzen zu vermeiden und das Verbrauchsverhalten des Endkunden intelligent an das aktuelle Stromangebot und den -preis anzupassen oder eine dezentrale Stromversorgung zu unterstützen. Dabei ist jedoch der Datenschutz zu beachten. Eine individuelle Erfassung und Speicherung des Stromverbrauchsverhaltens der Bevölkerung lehnen wir ab.

Kommunaler Klimaschutz

Wir setzen uns für klare Signale zur energiewirtschaftlichen und klimawandelbezogenen Stärkung der Kommunen ein. Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz setzt sich für die Entwicklung und Umsetzung kommunaler und regionaler Klimaschutzkonzepte ein. Das mittelfristige Ziel ist es, unter Zusammenarbeit von Privathaushalten und Kommunen, die Deckung des Eigenverbrauchs der Gemeinden und die Speicherung von Überschüssen bzw. deren Einspeisung ins öffentliche Netz. Kommunale Liegenschaften sollen zum Ausbau von Energieversorgungsanlagen auf Basis Erneuerbarer Energien genutzt werden und mit effizienter Wärmeversorgung und Beleuchtung ausgestattet werden. Die Bauleitplanung soll energieorientiert durchgeführt werden um Hindernisse im Ausbau der Energieversorgung zu vermeiden. Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Abwasserbeseitigung sollen energetisch optimiert werden.

Natur- und Landschaftsschutz

Die Piratenpartei Rheinland Pfalz fordert eine nachhaltige Landschaftsplanung. Schutzgebiete müssen vernetzt werden und Biotope müssen vor Versiegelung, Zerstörung und Fragmentierung bewahrt werden. Neben der Pflege vorhandener Schutzgebiete muss eine kleinstrukturierte, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft in ländlichen Gebieten erhalten und gefördert werden um die zahlreichen einzigartigen Kultur- und Naturlandschaften in Rheinland Pfalz zu erhalten. Insbesondere in intensiv bewirtschafteten Gebieten ist der Landschafts- und Gewässerschutz zu befördern. Maßnahmen zur erosionsmindernden Bodenbearbeitung, Reduktion des Einsatzes von Düngemitteln und Pestiziden, Anlage von Randstreifen und neuen Biotopen, Renaturierung von Gewässern und dezentralem Hochwasserrückhalt in den Oberläufen müssen umgesetzt werden. Die gute landwirtschaftliche Praxis und alternative Methoden zur Verbesserung des Zusammenwirkens der Landwirtschaft mit dem Umwelt- und Landschaftsschutz sollen gestärkt werden. Umweltkritische Energiegewinnungen, wie zum Beispiel gentechnisch veränderte Monokulturen von Nutzpflanzen zur Energiegewinnung werden von uns aufgrund der unzureichenden Sicherheitslage und Umweltverträglichkeit abgelehnt. Energien, die sich durchgreifend als schädlich erweisen können werden von uns aktiv abgelehnt. Um der Verbesserung von Lebensräumen in der Natur Rechnung zu tragen, sind wir für eine Auflockerung der bestehenden starren Nutz- und Schutzgebiete und für ein Unterbrechen der Agrarflächen. Ziel ist der Aufbau von Pflanzbereichen in dem Tiere ihren Lebensraum wieder finden, die Verminderung der Erosion sowie die Reaktivierung einer natürlichen Bewässerung in den Randbereichen von intensiv bewirtschafteten Gebieten.

Landesplanung

Im Landesplanungsgesetz streben wir anstelle einer Schwarz-Weiß-Regelung bei der Festlegung von Vorrangflächen für die Nutzung von erneuerbaren Energien eine abgestufte Regelung an, um den Kommunen mehr Autonomie bei der Festlegung dieser Flächen zu gewähren.

Langfristige Landschaftsplanung

Bei der Landschaftsplanung dürfen Nachhaltigkeit und Zukunftsgestaltung keine Lippenbekenntnisse bleiben, die den kurzfristigen Zielen einzelner Kommunen oder Regionen geopfert werden. Stattdessen muss die Landschaftsplanung langfristig angelegt sein. Die Interessen unterschiedlicher Kommunen müssen schon im Voraus durch Transparenz und Beteiligung effektiver als bisher berücksichtigt und koordiniert werden. Der nach wie vor weitgehend ungezügelter Flächenverbrauch in Rheinland-Pfalz muss durch eine Belohnung der Flächenschonung gestoppt werden. Dies kann etwa über Schlüsselzuweisungen des Landes an die Kommunen erfolgen.

Qualitativ biologisch orientierte Landwirtschaft

Wir unterstützen vorrangig die biologische Landwirtschaft in kleinen und mittleren Betrieben. Diese soll gegenüber industrieller Massentierhaltung und Großbetrieben gefördert und steuerlich begünstigt werden. Die rheinland-pfälzische Landwirtschaft hat nur eine Zukunft, wenn sie auf Qualität statt Quantität setzt. So können auch Synergien für Ökologie, Tourismus, Naherholung und die Gesellschaft insgesamt erzielt werden. So wollen wir zum Beispiel in den Kommunen und Landkreisen Landschaftspflegegelder gezielter als bisher zur Förderung entsprechender Betriebe verwenden. Im Bund setzen wir uns zur Förderung einer qualitativ, biologisch orientierter Landwirtschaft ein, durch eine entsprechende Reform der EU-Agrarsubventionen. Lebensmittelerzeugung in der hiesigen Landwirtschaft sollte vorrangig auf regionale Vermarktung setzen, mit biologisch gesunden und nachhaltig produzierten Produkten. Mögliche Maßnahmen sind z.B.

- Verknüpfung der positiv belegten Adjektive regional und nachhaltig mit Bio für Pfälzer Produkte Pfälzer Wein von Südpfalz und Mosel, Obst und Gemüse aus der Rheinebene
- Förderung von diverser Kulturlandschaft und Tourismus
- Nachhaltige Forstwirtschaft, FSC Zertifizierung für den gesamten Wald in Landeseigentum, keine Privatisierung von Staatswald, sowie die Förderung des Naturparks Pfälzer Wald (Ökotourismus)

Keine Gentechnologie in der Landwirtschaft

Wir setzen uns für die Sammlung, Pflege und Weiterentwicklung traditioneller und natürlicher Genbestände ein. Patente auf Lebewesen lehnen wir grundsätzlich ab. Wir sehen Gentechnologie in der Landwirtschaft als grundsätzlich falschen Weg, da sie in der Praxis die Sortenvielfalt verkleinert. Insbesondere transgene Pflanzen, die Toxine oder andere Substanzen produzieren, stellen ein nicht abschätzbares Risiko für die Biodiversität dar.

Biodiversität

Wir setzen uns für die Erhaltung und Förderung der biologischen Vielfalt ein. Dazu wollen wir die Biotopvernetzung fördern. Durch eine entsprechende Gestaltung der Flächennutzung werden isolierte Biotope durch Naturkorridore, Wassernetze und zusätzliche Grünbrücken bei Straßen und Autobahnen für Pflanzen und Tiere verbunden. Dabei soll auf landschaftliche Vielfalt statt auf Monokulturen gesetzt werden. Der Schadstoffeintrag aus Industrie, Verkehr und Landwirtschaft muss reduziert werden.

Patente und sonderverwendete Tiere

Wir sind gegen Patente und gegen Geheimnisse in der Nahrungsmittelproduktion von Tieren. Die Nutzung hybrider Rassen, die selbst nicht vermehrungsfähig sind, sind grundsätzlich abzulehnen.

Trinkwasserversorgung

Trinkwasser darf keine Handelsware werden. Die dezentrale, kommunale Trinkwasserversorgung in Rheinland-Pfalz ist krisensicher und verbraucherfreundlich und muss gegen Privatisierungsbestrebungen geschützt werden. Qualitativ hochwertiges Wasser muss durch das öffentliche Wassernetz und lokale Trinkwasserförderung gewährleistet werden. Natürlich vorhandene Trinkwasservorräte müssen erhalten und gepflegt werden, etwa durch sorgfältige Auswahl und Kontrolle von Wasserschutzgebieten und durch die Förderung der Nutzung von Regenwasser als Brauchwasser gerade auch im privaten Bereich.

Umweltgerechte Mobilität

Energieeffiziente, emissions- und geräuscharme Mobilität im Interesse der Gesundheit Aller ist ein wesentliches Ziel piratiger Umweltpolitik. Wir setzen uns für die Förderung von PKW mit Elektromotor und Mobilitätshelfern (Pickup-Taxis, Elektro-Leihwagen und Fahrräder etc.) im innerstädtischen Verkehr und im regionalen Nahverkehr ein. Zu diesem Zweck möchten wir Elektro-Kleinfahrzeuge bei der Gestaltung des innerstädtischen Parkraums bevorzugt behandeln, Straßen verstärkt für neuartige Mobilitätshelfer öffnen und Radwegenetze weiter ausbauen.

Lichtverschmutzung

Der Himmel gehört allen, auch bei Nacht. Und damit das so bleibt, fordern wir eine landesweite Einschränkung von vermeidbaren Lichtemissionen. Eine Ausnahmeregelung für Veranstaltungen und Kunstprojekte muss missbrauchssicher gestaltet werden. Auch die Lichtüberflutung der außerstädtischen Landschaft möchten wir im Interesse der Umwelt im Sinne des natürlichen Tages- und Nachtrhythmus von Tier, Mensch und Natur vermindern. Es sollen verstärkt LED-Lampen mit einem umweltverträglicheren Lichtspektrum eingesetzt werden.

Verbraucherschutz und Umweltinformationsrechte

Verbraucherinformation verbessern

Wir wollen das Verbraucherinformationsgesetz (VIG) des Landes so stärken, dass Verbraucherinformationen, beispielsweise zu belasteten Lebensmitteln, verpflichtend bekannt gemacht werden müssen (z.B. Tageszeitungen), und auf gut zugänglichen feststehenden Internet-Plattformen rasch und einfach auffindbar sind, ohne diese erst in aufwändigen Auskunftsprozessen anfordern zu müssen.

Verbraucherzentralen stärken

Verbraucherzentralen spielen eine wichtige Rolle in der Beratung von Verbrauchern und im Schutz von Verbraucherinteressen. Die Einschränkung der Arbeit der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz durch restriktive Mittelzuweisungen und die einseitige Orientierung an kurzfristig denkender Nachfrageförderung lehnen wir ab. Wir unterstützen insbesondere die Verbraucherzentralen in ihrer Ablehnung des "gläsernen Konsumenten" und bei der Verteidigung der Datenschutzinteressen der Verbraucher. Wir wollen einen Verbraucherschutz, der das Recht auf umfassende Information verbindet mit einem Verbandsklagerecht zur Durchsetzung von Verbraucherinteressen.

Veröffentlichung der Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen

Obwohl Jahr für Jahr sehr viele Betriebe, die mit Lebensmitteln zu tun haben, kontrolliert werden, ändert sich nichts an den hohen Beanstandungsquoten. Kontrollen, deren Ergebnisse von Konsumenten nicht eingesehen werden können, wirken nicht abschreckend. Statt stärkerer Kontrollen müssen Mängel öffentlich nachvollziehbar sein, um durch Transparenz diese abschreckende Wirkung zu erreichen. So wird auch Druck auf die Verkaufsstellen ausgeübt, ihre Lieferanten sorgfältiger auszuwählen. Wir fordern deshalb die Schaffung eines frei zugänglichen Informationssystems für den Zugang zu den Ergebnissen von Lebensmittelkontrollen.

Verbraucherinformation vor Ort durch Smiley-System

In Dänemark ist ein Smiley-System bereits erfolgreich etabliert. Damit ist für den Kunden direkt, beispielsweise vor Restaurants, Eisdieleen oder Supermärkten, ersichtlich, ob Hygienevorschriften und Lebensmittelgesetze eingehalten werden. Kunden können auf Hygienesünder reagieren, was bisher bei uns nicht möglich ist. Negativ bewertete Betriebe haben durch die Kundenreaktion und Folgekontrollen die Möglichkeit und vor allem die Motivation, Mängel zu beseitigen und sich positive Smileys zu verdienen. Die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen sollen künftig in Rheinland-Pfalz anhand unterschiedlicher Smileys zeitnah und gut sichtbar an der Eingangstür angebracht werden, um den Verbraucher zusätzlich zum Informationssystem im Internet direkt vor Ort zu informieren.

Ausbau des Landesumweltinformationsgesetzes

Das Umweltinformationsgesetz Rheinland-Pfalz soll weiterentwickelt werden zur Grundlage einer umfassenden Dienstleistung für Bürger. Umweltinformationen sind nach unserer Auffassung eine Bringschuld: Behörden müssen vorliegende Informationen von sich aus und nicht erst auf Anfrage bereitstellen. Die Veröffentlichung muss dabei unter freien Lizenzen und in offenen Dateiformaten erfolgen. Bürger sollen auf einem Portal mit übergreifenden Suchfunktionen einfachen Zugang zu diesen Daten erhalten.

Begründung

Der Antrag soll modular abgestimmt werden. Arbeitspad der AG Umwelt RLP, auf dem der unten stehende Text bearbeitet wurde: <http://arr.piratenpad.de/Umwelt> Einige Textstellen habe ich nochmals überarbeitet (meist redaktionell, aber an wenigen Stellen auch inhaltlich).

Bisher im Wahlprogramm Rheinland-Pfalz Link: <http://wiki.piratenpartei.de/RP:Wahlprogramm#Energiepolitik>

Alter Text, der ersetzt werden soll:

Energiepolitik

Einsatz erneuerbarer Energien statt fossiler Brennstoffe

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz zieht erneuerbare Energien der Energieproduktion aus fossilen Brennstoffen vor. Wir wollen erreichen, dass der komplette Energiebedarf durch erneuerbare Energien gedeckt wird und somit fossile Kraftwerke überflüssig werden.

Kernkraftwerke abschalten

Wir betrachten die Energieproduktion durch Kernspaltung als unverantwortlich. Es ist nicht geklärt, wie der entstehende Atom Müll entsorgt werden kann und die Urangewinnung richtet einen erheblichen Schaden an der Umwelt und der Gesundheit der Menschen an. Die Piratenpartei setzt sich daher dafür ein, dass auch weiterhin keine Kernkraftwerke in Rheinland-Pfalz betrieben werden. Wir werden uns zudem im Bundesrat für den 1998 beschlossenen Atomausstieg stark machen.

Dezentrale Energieerzeugung

Ein wichtiger Aspekt moderner Energiepolitik ist die Dezentralisierung der Energieerzeugung. Die damit einhergehende Unabhängigkeit von Großkraftwerken kann durch kommunale Energiegewinnung aus regenerativen Quellen, wie Wind, Sonne, Wasser, Geothermie, und Biomasse aus lokalem Anbau erreicht werden. Außerdem wird die Sicherheit der Energieversorgung erhöht. Da eine stärkere Dezentralisierung der Strom- und Wärmeerzeugung eine angepasste Infrastruktur voraussetzt, sind neue Speicher- und Verteilungstechnologien nötig. Wir werden deren Entwicklung und Einsatz verstärkt fördern. Dabei werden wir die datenschutzkonforme Umsetzung unter Wahrung der Privatsphäre, z.B. bei intelligenten Stromzählern, von vornherein einbeziehen.

Nutzung von öffentlichen Gebäuden für regenerative Energie

Wir wollen die Nutzung von öffentlichen Gebäuden für die Erzeugung von Energie aus regenerativen Quellen weiter fördern. Deren Dach- und Hausflächen könnten zum Beispiel mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden.

Förderung des Wettbewerbs bei dezentraler Energieerzeugung

Das Engagement kommunaler Energieerzeuger soll unterstützt werden, um deren Einsatz für erneuerbare Energien wirtschaftlich zu halten und den Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt zu fördern. Ziel ist es, die Vielfalt innovativer kleinerer Energieerzeuger zu erhalten und den Einfluss der bestehenden Oligopole zu verringern.

Transparenz in der Energiepolitik - Verträge öffentlich machen!

Die Regierung und die Energieerzeuger sollen zur Veröffentlichung von Verträgen zur Energiepolitik verpflichtet werden. Zur Laufzeit von Atomkraftwerken und zur Energieerzeugung im Allgemeinen darf es keine Geheimabkommen zwischen Industrie und Regierung geben. Seit jeher macht sich die Piratenpartei für eine transparente Politik stark. Dies schließt den Energiesektor selbstverständlich ein. Nur durch eine transparente Energiepolitik können die Bürger wirksam an der politischen Diskussion um diese Themen teilnehmen. Transparenz dämmt zudem den Machtmissbrauch von Staat und Wirtschaft ein.

eingereicht mit Ticket #1021506 am 2012-10-28

Änderungsantrag Nr.

010

Beantragt von

[Simpsons3](#)

Beantragte Änderungen

Der Landesparteitag möge beschließen, die Unvereinbarkeitserklärung der Pirantifa als Landesverband Rheinland-Pfalz zu unterzeichnen.

Text der Unvereinbarkeitserklärung:

"Wir sind eine globale Gemeinschaft von Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht und Abstammung sowie gesellschaftlicher Stellung, offen für alle mit neuen Ideen.

Wer jedoch mit Ideen von Rassismus, Sexismus, Homophobie, Ableismus, Transphobie und anderen Diskriminierungsformen und damit verbundener struktureller und körperlicher Gewalt auf uns zukommt, hat sich vom Dialog verabschiedet und ist jenseits der Akzeptanzgrenze.

Wer es darauf anlegt, das Zusammenleben in dieser Gesellschaft zu zerstören und auf eine alternative Gesellschaft hinarbeitet, deren Grundsätze auf Chauvinismus und Nationalismus beruhen, arbeitet gegen die moralischen Grundsätze, die uns als Piraten verbinden.

Die unterzeichnenden Piraten erklären das Vertreten von Rassismus und von der Verharmlosung der historischen und aktuellen faschistischen Gewalt für unvereinbar mit einer Mitgliedschaft."

<http://wiki.piratenpartei.de/Pirantifa/Unvereinbarkeitserklärung>

Begründung

Rechtes Gedankengut wie Rassismus, Antisemitismus oder das Leugnen des Holocausts, der circa sechs Millionen Juden das Leben gekostet hat, widerspricht den Grundsätzen der Piratenpartei als freiheitliche und offene Partei. Derartige Hetze darf in der Partei keinen Platz finden und sich nicht in der Partei ausbreiten. Faschismus und Hass unter dem Deckmantel von Demokratie und Meinungsfreiheit zu propagieren, darf nicht von den Piraten toleriert werden.

eingereicht mit Ticket #1015187 vom 2012-09-03

Änderungsantrag Nr.

P27

Beantragt von

[StopSecret](#) stellvertretend für gemeinsame Ausarbeitung im pad

Beantragte Änderungen

Es wird beantragt, folgenden Text in das Wahlprogramm aufzunehmen, wobei die Stelle bei Antragstellung zu nennen ist:

Die Gewerbesteuer soll nicht mehr von jeder Gemeinde eigenständig festgelegt, sondern auf Bundesebene bedarfsgerecht vereinheitlicht werden.

Begründung

Hinterzimmerpolitik und Bestechungen kann so vorgebeugt werden, freie Entscheidungswahl der Unternehmen/Konzerne hat nichts mit demokratischen Gedanken zu tun, sondern dient nur den Eigeninteressen der Unternehmen und der Bereicherung Einzelner.

Eine Ausspielung der Gemeinden gegeneinander auf das niedrigste Verhandlungsniveau dient ebenso nur den Unternehmen und nicht dem Staatswesen oder dem Bürger und kann so verhindert werden.

Belegbar benötigte Infrastruktur muss aus Länder-/Bundeskasse bedarfsgerecht bereitgestellt werden und strukturschwache Regionen bedürfen einer besonderen Berücksichtigung um unnötigen Ballungszentren entgegen wirken zu können. Unnötiger Erstellung von Industrieparks in ländlichen Gebieten und weiterer Zerstörung der Natur ist aber auch entgegen zu wirken, da die bisherige Praxis gezeigt hat, dass viele großzügig angelegte Industrieparks in ländlichen Regionen brach liegen und nur weitere Folgekosten ohne entsprechende Einnahmen erzeugen.

Der Antrag wurde für den LPT 2012.1 eingereicht, aber nicht behandelt [P27: Vereinheitlichung der Gewerbesteuer](#)

Konkurriert mit [RP:Antrag/2012.1-P18-Erhalt der Gewerbesteuer wie bisher](#)
und [RP:Antrag/2012.1-P20-Gewerbesteuer am Ort der Mehrwertschaffung](#)

Änderungsantrag Nr.
008-ZA14

Beantragt von
[Tikky](#) und [Pinae](#)
Beantragte Änderungen

Im zweiten Abschnitt des Punktes [Bildung -> Bildungssystem -> weiterführende Schule](#) im Wahlprogramm wird im dritten Satz "vermehrt" durch "verpflichtend" ersetzt.

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung

Unser Ziel ist, dass der höherwertige rhythmisierende Ganztagsunterricht mit Lern- und Erholungsphasen umgesetzt wird. Steht es der Schule frei, besteht die Gefahr, dass versucht wird, auf einen Halbtagsunterricht mit Hausaufgabenbetreuung zu setzen, um Kosten zu sparen.

eingereicht mit Ticket #1020651 am 2012-10-19

ergänzt [RP:Antrag/2012.2-008-Bildung](#)

Änderungsantrag Nr.
008.ZA13

Beantragt von
[Pinae](#)
Beantragte Änderungen

Dem Punkt [Bildung -> Bildungsinhalte](#) des Wahlprogramms wird als eigener Abschnitt hinzugefügt:

"Einheitliche Voraussetzungen und Bewertung

Neben der bildenden Funktion der Schule zertifiziert sie auch Leistungen. Um diese Leistungen miteinander vergleichbar zu machen, soll es einheitliche Abschlussprüfungen geben. Dies gewährleistet, dass an alle Schüler dieselben Anforderungen gestellt werden und garantiert somit eine gerechte Bescheinigung der eigenen Leistung. Dies erfordert ebenso, dass die Lehrpläne der einzelnen Länder einander angeglichen werden."

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung

siehe Antrag

eingereicht mit Ticket #1020651 am 2012-10-19

ergänzt [RP:Antrag/2012.2-008-Bildung](#)

Änderungsantrag Nr.
008-ZA12

Beantragt von
[Tikky](#)
Beantragte Änderungen

Im Punkt [Bildung -> Bildungssystem -> Vorschulische Bildung -> Freier Zugang zu Kindergärten und Kindertagesstätten](#) des Wahlprogramms wird das Wort "staatlichen" gestrichen.

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung

Die derzeitige Formulierung kann so verstanden werden, dass jedem Kind ein staatlicher Kindergartenplatz zur Verfügung stehen muss, auch wenn private Angebote vor Ort vorhanden sind.

eingereicht mit Ticket #1020651 am 2012-10-19

ergänzt [RP:Antrag/2012.2-008-Bildung](#)

Änderungsantrag Nr.

019

Beantragt von

[LarsM](#)

Beantragte Änderungen

Es wird beantragt, das Logo des Landesverbandes durch folgendes Logo http://wiki.piratenpartei.de/Datei:Vorschlag_f%C3%BCr_LoGo_RLP.png zu ersetzen.

Begründung

Das neue Logo spiegelt in seiner Leichtigkeit und Dynamik eher das Wesen der Piratenpartei wider als das aktuelle.

eingereicht mit Ticket #1017785 am 2012-09-26

Änderungsantrag Nr.

008-ZA15

Beantragt von

[Pinae](#)

Beantragte Änderungen

Der Abschnitt [Bildung](#) -> [Bildungssystem](#) -> [Vorschulische Bildung](#) -> [Schwerpunkte](#) des Wahlprogramms wird geändert in:

Bereits im Vorschulalter sollte ein besonderer Schwerpunkt auf der Förderung von sozial benachteiligten Kindern liegen. Gerade Kindertagesstätten in „Brennpunktbezirken“ sollten sowohl beim Personal und dessen Aus- und Weiterbildung sowie bei der räumlichen Ausstattung (z.B. Küchen) und den pädagogischen Bedarfsmaterialien verstärkt berücksichtigt werden.

Das letzte Kindergartenjahr soll für alle Vorschulkinder verpflichtend sein.

Anmerkung: Dieser Antrag setzt voraus, dass [SOA-008](#) (Grundsätze piratiger Bildung) angenommen wurde.

Begründung

- Kinder lernen im Kindergarten wichtige Social Skills, die ihnen bei der Einschulung helfen. Daher muss sichergestellt sein, dass jedes Kind zumindest ein Jahr lang einen Kindergarten besucht.
- Folgende Studie der AWO belegt, dass Kitas dabei helfen geringere Chancen armer Kinder abzufedern: [Link zur Studie](#)

eingereicht mit Ticket #1020651 am 2012-10-19

ergänzt [RP:Antrag/2012.2-008-Bildung](#)